

vida

Zeitschrift für
Mitglieder der
Gewerkschaft vida

Mehr Infos, Tipps und Service finden Sie auf www.vida.at

Verkehr



In schwierigen Zeiten ist der Betriebsrat wichtiger denn je. Wir verraten Ihnen mehr zur geplanten ÖBB-Strukturreform und den bevorstehenden Betriebsratswahlen bei den Eisenbahnen.

Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Private Investoren beherrschen das britische Gesundheitssystem. Niedriger sind die Krankenhauskosten dadurch nicht geworden. Daten über die Qualität der Privaten fehlen.

Private Dienstleistungen



Die Arbeitgeber blockieren die KV-Verhandlungen. Die unzureichenden Angebote sind kein Rezept, um die Krise zu überwinden. vida kämpft für faire Löhne.

Thema

Ein anderes Europa ist möglich

Die Europäische Union weist in vielen Bereichen Mängel auf. Die Gewerkschaften haben sich nie ein Blatt vor den Mund genommen, wenn es darum ging, das Defizit der EU in puncto soziale Grundrechte aufzuzeigen. Uns geht es um konstruktive Kritik. Wir brauchen ein soziales und solidarisches Europa, das die Rechte der ArbeitnehmerInnen vor die Interessen der Wirtschaft stellt.

Verbündete suchen.

Das Europäische Parlament ist ein wichtiger Partner für die ArbeitnehmerInnen im Kampf um einen Kurswechsel der Europäischen Union. Im Vorfeld der Wahlen am 7. Juni befassen wir uns deshalb in dieser vida-Zeitschrift ausführlich mit dem Europäischen Parlament. Wieviel Macht hat es? Und warum fällt die Bilanz über die bisherige Arbeit des Europäischen Parlaments so zwiespältig aus?

Eine, die es wissen muss. Über die Mängel der EU aus Arbeitnehmersicht, aber auch über wichtige Fortschritte, die im all-

gemeinen Geschimpfe über „die da in Brüssel“ manchmal untergehen, haben wir Evelyn Regner befragt. Lesen Sie auf Seite 3 das Interview mit der langjährigen Leiterin des ÖGB-Büros in Brüssel und nunmehrigen Kandidatin bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Diskriminiert! Immer wieder passiert es: Frauen werden für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt, MigrantInnen wegen ihrer Herkunft nicht eingestellt, Homosexuelle am Arbeitsplatz gemobbt. Wie die EU mit einer Reihe von Gleichstellungsrichtlinien gegen Diskriminierung ankämpft, lesen Sie auf den Seiten 2 und 6.

Geld für Zukunftsjobs. Im Sozial- und Gesundheitsbereich könnten Tausende neue und krisenresistente Jobs geschaffen werden. Angesichts der Alterung der Gesellschaft ist ein Ausbau von Pflege und Betreuung dringend nötig. vida fordert dafür eine Sozialmilliarde und ein Andenken von Vermögenssteuern. Mehr dazu finden Sie auf Seite 9.

Wer ein soziales Europa möchte, muss am 7. Juni wählen gehen



Foto: Paul Sturm

Europa ist zu wichtig, um es „den anderen“ zu überlassen. Stimmen Sie am 7. Juni mit – für ein soziales Europa, das die Rechte der ArbeitnehmerInnen erstarken lässt.

Aus dem Inhalt

- Gleichstellung:**
Wie sich die EU für die Frauen einsetzt Seite 2
- EU-Wahl:**
Was Evelyn Regner motiviert, zu kandidieren Seite 3
- Hoffen auf die Wende:**
Was sich vida vom Europäischen Parlament erwartet Seite 4
- Europäische Transportarbeiter-Föderation:**
Bilanz über die ersten zehn Jahre Seite 5
- Wo bleibt das Geld für Zukunftsjobs?**
vida fordert eine Sozialmilliarde Seite 9
- Kultur genießen mit vida:**
Machen Sie mit bei unseren Gewinnspielen Seite 8
- Impressum:**
Alle MitarbeiterInnen dieser Ausgabe Seite 8

KHG & Co: Konsulenten im zweiten Karriereweg

KHG hat sein „Pinkerl“ genommen und kehrt der MIP den Rücken. Nach haarsträubenden Bilanzen und vor allem massiven finanziellen Verlusten für die AnlegerInnen – kein Wunder, dass er das sinkende Schiff verlässt. Wer jetzt angesichts dieser persönlichen Totalniederlage bereits mit den Tränen kämpft, kann beruhigt werden. Von Arbeitslosigkeit ist ein KHG nicht betroffen.

Beratung. Da wird flux das Ein-Personen-Unternehmen revitalisiert und auf Berater umgesattelt. Auch Herr Ötsch, nachdem er die heimische Fluglinie AUA

ins Verderben gestürzt hat, will sich nicht mit seiner fetten Abfindung auf die faule Haut legen. Mit seinem „wirtschaftlichen Know-how“ will er Firmen beratend zur Seite stehen.

Lange Liste. Ex-ÖBB-Chef Huber, jetzt „Jungunternehmer“ in der Immobilienbranche, setzt dem ganzen noch die Krone auf, indem er sich auf einen Konsulentenvertrag mit den ÖBB beruft und für Beratungen abkassieren möchte, die nicht einmal stattgefunden haben. Die Liste könnte unbegrenzt weitergeführt werden, denn viele, die in Wirtschaft und/oder Politik gescheitert

sind, landen in der Unternehmensberatung.

Weite Kreise. Tausende ArbeitnehmerInnen sind von Arbeitslosigkeit betroffen, nicht weil sie etwas verbockt haben, sondern weil die Wirtschaftskrise immer weitere Kreise zieht. Im Gegenteil zu KHG & Co haben sie aber keine großzügigen Abfertigungen nachgeschmissen bekommen. Mit der beschämend niedrigen Nettoersatzrate von 55 Prozent kommen viele mehr schlecht als recht über die Runden. Im Sinne der sozialen Gerechtigkeit wäre es daher dringend notwendig, das Arbeitslosengeld zu erhöhen. (is)



Kommentar

Des Öfteren haben GewerkschafterInnen bereits vor dem Europäischen Parlament demonstriert. Im Einsatz um den Erhalt von öffentlichen Dienstleistungen und um bessere arbeitsrechtliche Mindeststandards scheuen wir den Gang auf die Straße nicht. Die große TeilnehmerInnenzahl bei diesen Aktionen zeigt uns, dass den Menschen ein soziales Europa ein Anliegen ist.

Kritik ist berechtigt. Gerade in der jüngsten Vergangenheit hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) einige Urteile getroffen, die uns GewerkschafterInnen empören. Auf die Frage, was denn wichtiger sei: Die Freiheit der Unternehmer, ihre Dienstleistungen europaweit anbieten zu können oder das Recht der Beschäftigten auf Einhaltung der Mindestlöhne, die im betreffenden Land gelten, hat sich der EuGH wiederholt auf die Seite der Wirtschaftslobbys geschlagen. Eine Kursänderung ist dringend nötig. Wir brauchen ein solidarisches Europa, das die Rechte der ArbeitnehmerInnen vor die Interessen der Wirtschaft stellt.

Ist das utopisch? Alle gemeinsam können wir es schaffen, den Richtungswechsel durchzusetzen. Bereits zwei von drei Gesetzen, die in Österreich beschlossen werden, gehen auf die Europäische Union zurück. Derzeit haben die Neoliberalen im Europäischen Parlament die Mehrheit. Wer ein soziales Europa will, muss am 7. Juni 2009 wählen gehen. Und für jene KandidatInnen stimmen, die auf Seiten der ArbeitnehmerInnen stehen.

Wir verzichten nicht. Genauso wenig wie wir bereit sind, Lohndumping auf EU-Ebene hinzunehmen, akzeptieren wir die aktuellen Versuche der Arbeitgeber hierzulande, die Wirtschaftskrise für Nulllohnstunden und eine Verschlechterung des Arbeitsrechts zu missbrauchen. Als ersten Schritt hat vida deshalb mit vier weiteren Gewerkschaften am 13. Mai eine Demonstration in Wien organisiert. Sollten die Arbeitgeber nicht einlenken, werden weitere Kampfmaßnahmen folgen. Viele Unternehmen haben in den letzten Jahren satte Gewinne kassiert – für die Arbeit ihrer Beschäftigten. Darum ist es nur recht und billig, dass die Betriebe den ArbeitnehmerInnen auch in der Krise faire Löhne zahlen.

Rudolf Kaske
vida-Vorsitzender
rudolf.kaske@vida.at

Engagiert in Sachen Gleichstellung

Arbeitsrecht

Der EU wird Schuld an vielen Missständen gegeben. Das nach wie vor bestehende Lohngefälle zwischen Frauen und Männern kann man ihr nicht anlasten.

Der Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen ist seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 in den Europäischen Verträgen als geltendes Grundprinzip festgeschrieben. Wichtige EU-Richtlinien zur Umsetzung dieses Grundprinzips sind unter anderem: Die Entgeltgleichheit aus 1975, die gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit vorschreibt. Die Mutterschutzrichtlinie aus 1992, die Richtlinie zum Elternurlaub aus 1996 sowie die Richtlinie über die Beweislast der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts aus 1997. Letzere erleichterte es von Diskriminierung Betroffenen, den Gang zum Gericht zu wagen. Wenn Perso-

nen bei Gericht oder anderer Stelle Tatsachen glaubhaft machen, die eine unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung vermuten lassen, obliegt dem Arbeitgeber der Beweis, dass keine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes vorliegt. Zweifel zählen zu Ungunsten des Arbeitgebers.

Wie ein roter Faden. So zieht sich das Grundprinzip der Gleichstellung durch die EU-Gesetzgebung. Auch zwei EU-Richtlinien aus den Jahren 2000 und 2002 haben zum Ziel, die Gleichbehandlung beim Zugang zur Beschäftigung, beim beruflichen Aufstieg, bei den Arbeitsbedingungen sowie bei

der Berufsausbildung sicherzustellen. Alle diese Richtlinien sind in Österreich in nationales Recht umgesetzt. Jede Diskriminierung nach dem Geschlecht ist verboten. Das österreichische Gleichbehandlungsgesetz schafft die Möglichkeit, sich gegen Benachteiligungen in der Arbeitswelt zu wehren.

Zusatzstrategie. Ein zweiter Ansatz, um die Chancengleichheit der Frauen in der Gesellschaft und in allen Politikbereichen voranzutreiben, ist Gender Mainstreaming. Der Vertrag von Amsterdam aus 1997 machte dieses Konzept zum offiziellen Ziel der Gleichstellungspolitik der EU. Im Unterschied zu expliziter Frauenpolitik werden bei Gender Mainstreaming beide Geschlechter gleichermaßen in die Konzeptgestaltung einbezogen. Es liegt damit in der Verantwortung der jeweils Zuständigen, und nicht mehr in der Verantwortung ausschließlich der Frauenpolitik, Gleichstellung zwischen Frauen und

Männern herzustellen. Denn Gleichstellung geht alle an! Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen politischen Entscheidungen die unterschiedlichen Ausgangspositionen und Bedürfnisse von Frauen und Männern zu berücksichtigen.

Wirklichkeit hinkt hinterher. Trotz der umfassenden Gleichstellungsgesetzgebung besteht EU-weit nach wie vor ein Lohngefälle zwischen Männern und Frauen: Seit mehr als 33 Jahren existiert die EU-Richtlinie über Lohngleichheit ohne dass sich die Lohnschere zugunsten der Frauen geschlossen hätte. Eine Forderung der Gewerkschafterinnen ist es deshalb, die Betriebe zu verpflichten, die Entgeltstrukturen offenzulegen. Denn erst wenn Frau bzw. Mann bekannt ist, was die ArbeitskollegInnen verdienen, kann erkannt werden, ob bei der eigenen Entlohnung eine Diskriminierung besteht.

ulrike.legner@vida.at,
gertrude.oelmack@vida.at



Foto: Franz Pfluegl/Fotolia

Informationen



Bei Fragen zum Gleichbehandlungsgesetz steht Ihnen die vida-Frauenabteilung gerne zur Verfügung.

Ihre Ansprechperson: Ulrike Legner, Frauensekretärin,
Tel: 01/54641-311, ulrike.legner@vida.at

Aktuelles

Beim ÖGB-Bundeskongress sind Ihre Fragen gefragt!

Die KandidatInnen für den ÖGB-Vorstand stellen sich vor Ihrer Wahl einem Hearing. Welche Fragen Sie dabei gestellt bekommen, können Sie mitentscheiden.

Vom 30. Juni bis zum 2. Juli findet der ÖGB-Bundeskongress statt. Neben der inhaltlichen Positionierung des Gewerkschaftsbundes in Zeiten der Wirtschaftskrise findet beim Bundeskongress die Wahl des ÖGB-Vorstandes – einschließlich des Präsidenten und der beiden VizepräsidentInnen – statt. Nach der Nationalratswahl im Herbst 2008 wechselte der damalige ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer als Sozial-

minister in die neue Regierung. Der ÖGB Bundesvorstand bestellte Erich Foglar, Vorsitzender der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung, am 1. Dezember 2008 zum geschäftsführenden ÖGB-Präsidenten.

Start in Kürze. Seit dem ÖGB-Kongress 2007 stellen sich die KandidatInnen für den Vorstand vor der Wahl einem Hearing durch die Delegierten. Beim diesjährigen Kongress können

auch Sie über die Fragen mitentscheiden, die beim Hearing zu beantworten sind. Ab 10. Juni steht fest, wer für den Vorstand kandidiert. Ab dann kann man sich auf www.bundeskongress.at über die KandidatInnen informieren und direkt per E-Mail Fragen stellen. Die Fragen der Mitglieder kommen zusammen mit jenen der Delegierten in die Fragenboxen, jede/r KandidatIn erhält eine eigene Box. Beim Hearing werden mehrere Fragen

gestellt, die nach dem Zufallsprinzip aus der Box gezogen werden.



Foto: James Thew/Fotolia

Webtipp



Mehr Infos zum ÖGB-Bundeskongress und die Möglichkeit, Fragen einzusenden, gibt es ab 10. Juni auf www.bundeskongress.at

EU-Wahl

„Erst der Mensch, dann der Markt“

Die österreichische Gewerkschafterin Evelyn Regner hat eine reale Chance, nach den EU-Wahlen ins Europäische Parlament einzuziehen. Warum sie das möchte, darüber hat vida mit der Juristin gesprochen.

vida: Du hast als Expertin die Politik auf EU-Ebene hautnah miterlebt. Was bewegt dich, nun selbst für das Europäische Parlament (EP) zu kandidieren?

E. Regner: Das EP ist eine spannende Institution, in der die Abgeordneten weit stärker als in den nationalen Parlamenten ihre eigenen Überzeugungen einbringen können. Daher möchte ich im EP für meine Vorstellungen von einem sozialen und gerechten Europa im Interesse der ArbeitnehmerInnen eintreten.

vida: Wie fällt deine Bilanz über die Arbeit des EP in den vergangenen fünf Jahren aus?

E. Regner: Beim Konsumentenschutz ist einiges weitergegangen. Dank der EU-Vorgaben sind die Kosten für das Telefonieren mit dem Handy im Ausland deutlich gesunken. Im Gleichbehandlungsrecht gab es Fortschritte und auch beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze tut sich jetzt dank der klaren Zielvorgaben der EU einiges. Dagegen gab es bei den sozialen Standards sogar Rück-

schritte. Zum einen wegen der restriktiven Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, zum anderen, weil im EP derzeit die Konservativen und Neoliberalen die Mehrheit haben. Die Rechte der ArbeitnehmerInnen wurden immer stärker dem Binnenmarkt und dem freien Wettbewerb untergeordnet. Das muss sich ändern. „Erst der Mensch, dann der Markt“, das ist der Grundsatz, an dem ich mich orientiere.

vida: Woher nimmst du deine Ausdauer und deinen Optimismus im Einsatz für ein soziales Europa?

E. Regner: Die Entwicklung der EU braucht Zeit. Auch Österreich ist nicht von einem Tag auf den anderen zu einer Demokratie geworden, nachdem dies in der Verfassung von 1920 festgeschrieben war. Freilich passiert die Entwicklung der EU hin zu einer Sozialunion nicht von selbst. Dazu braucht es öffentli-



Evelyn Regner kämpft für ein soziales Europa.

chen Druck und ein Europäisches Parlament mit Abgeordneten, die sich für die Anliegen der ArbeitnehmerInnen einsetzen.

vida: Was kann das EP konkret für diesen Wandel hin zur Sozialunion tun?

E. Regner: Wir müssen uns fragen, was wirklich für das Wohl der Menschen wichtig ist und wie unsere Gesellschaft und unser Arbeitsmarkt nach der Krise aussehen sollen. Ich halte gute öffentliche Dienstleistungen und soziale Sicherheit für zentral. Dazu gehören der Ausbau des Betreuungs- und Pflegeangebots für ältere Menschen, Investitionen in die Gesundheitssysteme und eine weitere Verbesserung des Angebots an Kinderbetreuung. Das Europäische Parlament kann eine allgemeine Rahmenrichtlinie für öffentliche Dienstleistungen einfordern, in der verankert wird, dass diese Dienste von den Mitgliedsstaaten für

alle zugänglich, leistbar und in guter Qualität angeboten werden. Statt dem Binnenmarkt alles unterzuordnen und dem Lohndumping Tür und Tor zu öffnen, ist die Schaffung besserer, europaweit geltender Mindeststandards für ArbeitnehmerInnen für mehr Lebensqualität angesagt. Wenn wir das schaffen, wird auch das Imageproblem der EU beseitigt sein.

martina.fassler@vida.at

Zur Person



Evelyn Regner, 43, ist Juristin und hat von 1999 bis 2008 das ÖGB-Büro in Brüssel geleitet. Seit Jänner 2009 leitet sie die Stabstelle Internationales im ÖGB in Wien. Sie kandidiert auf Platz 2 der SPÖ-Liste bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009.



EU-Institutionen

Brüssel ist näher, als man denkt

Mit dem Begriff „Brüssel“ verweisen die Medien häufig auf die EU-Institutionen, von denen die meisten in der Stadt Brüssel angesiedelt sind. EU-Rechtsvorschriften werden von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, aber es sind der Rat der Europäischen Union (MinisterInnen der nationalen Re-

gierungen) und das (von den europäischen BürgerInnen gewählte) Europäische Parlament, die über diese Vorschriften diskutieren und sie ändern und letztlich darüber entscheiden, ob sie verabschiedet werden. Wenn die EU Rechtsvorschriften beschließt, so ist dies also in Wirklichkeit ein Beschluss aller Mitgliedstaaten der EU.

Kräftedreieck. Europäische Politik spielt sich im Kräftedreieck der drei zentralen Akteure der Europäischen Union ab. Die erste Institution, die Europäische Kommission, besteht aus 27 Mitgliedern, die das allgemeine Interesse der EU vertreten. Die zweite Institution, das Europäische Parlament, besteht aus 736 gewählten Mit-

gliedern, die die politischen Ansichten der BürgerInnen der Union vertreten. Die dritte Institution, der Rat der Europäischen Union, besteht aus Ministern aus allen Mitgliedsstaaten und vertritt die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten.

Wie verabschiedet die EU ein Gesetz?

Jedes Mal, wenn die EU ein neues Gesetz verabschiedet, sind alle drei Institutionen beteiligt. Es beginnt mit der Europäischen Kommission, die eine Rechtsvorschrift vor schlägt und sie den beiden an-

deren Institutionen zur Stellungnahme und, wenn möglich, zur Zustimmung vorlegt. Meistens müssen einer neuen Rechtsvorschrift alle drei Institutionen zustimmen. In den meisten Fällen kann also keine von der Europäischen Kommission vorgeschlagene europäische Rechtsvorschrift verabschiedet werden, ohne dass das Europäische Parlament – die politischen Vertreter der BürgerInnen Europas – und der Rat der Europäischen Union – die nationalen Regierungen – mit ihr einverstanden sind.

sylvia.tatra@vida.at

Was geht mich Europa an?



Elisabeth Luttenberger-Mayer setzt sich für die Überarbeitung der Kosmetik-Verordnung in Brüssel ein

Sehr viel, denn wir alle können mitbestimmen, wohin Europas Reise geht.

Die Europäische Union ist in keiner Weise das „realitätsfremde Wesen“ als das es von ihren KritikerInnen und GegnerInnen gerne hingestellt wird. Ein starkes EU-Parlament, das sich auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung stützen kann, ist der Garant für einen direkten Einfluss auf die EU-Politik, und damit unser direkter Interessenvertreter. Besonders wichtig dabei ist, dass die kritische Auseinandersetzung und der politische Diskurs der letzten Jahre über die Zukunft der EU nicht vermischt werden mit der Wahl zum Europäischen Parlament.

Gesetzgebung. Auch wenn es in der breiten Bevölkerung

nicht sonderlich populär ist, die Institution Europa wird immer wichtiger. Schätzungen zufolge basieren bereits über 70 Prozent aller österreichischen Gesetze auf Entscheidungen aus Straßburg und Brüssel. Die Herausforderungen, vor denen wir in politischen, gesellschaftlichen und sozialen Fragen stehen, lassen sich längst nicht mehr allein im nationalen Kontext lösen.

EU-Wahl. Warum es so wichtig ist, am 7. Juni zur Wahl zu gehen, zeigen einige Beispiele aus dem direkten Gewerkschaftsumfeld – mit Problemen, die uns betreffen, Anliegen, die wir gemeinsam formuliert haben, und AkteurInnen, die wir aus unserer täglichen Arbeit kennen.

FriseurInnen. Das Friseurgewerbe etwa hat auf den ersten Blick keine europäische Dimension, weil es aus vielen Kleinbetrieben besteht. Auf den zweiten Blick hat dieser Dienstleistungssektor aber dennoch großes Gewicht, da es europaweit 1,2 Millionen FriseurInnen gibt. Elisabeth Lut-

tenberger-Mayer, Vorsitzende der vida-Bundesfachgruppe Gesundheitsförderung und Wellness, setzt sich auf europäischer Ebene im Sozialen Dialog für den Schutz der Beschäftigten im Friseur- und Kosmetikgewerbe ein.

Kosmetik-Verordnung. Ein aktueller Fall, mit dem sich das Gremium befasst, ist die neue europaweite Kosmetik-Verordnung, die Ende März vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Um das Kosmetikrecht der EU zu vereinfachen, wurden 27 einzelstaatliche Gesetzeswerke zu einer einzigen Verordnung umgearbeitet.

Schutz der Beschäftigten. vida setzte sich für die Überarbeitung der Verordnung ein, die sich in erster Linie an KonsumentInnen richtet. Denn FriseurInnen verwenden die Produkte (Haarfärbemittel, Haarsprays usw.) mehrmals täglich, wodurch sie den Inhaltsstoffen ständig ausgesetzt sind und ernsthafte gesundheitliche Schäden riskieren. „Wir wollen eine eigene europäische Regelung für das Fach-

Info

Europa kann es. Besser. Mit Uns!

Filme zur EU-Wahl und eine vida-Broschüre mit allgemeinen Daten und Fakten sowie interessanten Fallbeispielen aus allen vida-Bundesfachgruppen gibt es im Internet unter: www.vida.at

Die Broschüre kann auch im Internationalen Referat der Gewerkschaft vida bestellt werden unter internationales@vida.at oder 01/54 641-143.

personal, um deren Interessen besser zu schützen. Dafür brauchen wir die Unterstützung des Europäischen Parlaments und seiner Abgeordneten“, erklärt Luttenberger-Mayer.

Geldtransporte. Auch Natascha Hartl, Zentralbetriebsratsvorsitzende der Group4Securicor, ist Mitglied im Sozialen Dialog. Sie vertritt die Interessen der ArbeitnehmerInnen in Bewachungsdiensten und zählt auf die Unterstützung des Europäischen Parlaments bei einem anderen Anliegen: „Ein wichtiges Thema unserer Branche ist derzeit die geplante Richtlinie über den grenzüberschreitenden Geldtransport.“ Diese Richtlinie soll die rechtlichen Voraussetzungen für den grenzüberschreitenden Transport von Euro zwischen den EU-Mitgliedstaaten in der Euro-Zone schaffen.

Sicherheitsnormen. Das Problem dabei ist, dass die Sicherheitsbestimmungen der verschiedenen EU-Mitgliedssta-

ten sehr unterschiedlich sind und die FahrerInnen von Werttransporten nach Über-treten der Landesgrenze oft ungewollt gegen die Gesetze des Nachbarlandes verstoßen. Die neue Richtlinie schreibt vor, wie die Transporte sicher abgewickelt und wie die Sicherheit der Besatzung und Bevölkerung gewährleistet werden sollen. Es geht hier beispielsweise um die Festlegung eines einheitlichen Zulassungssystems für Unternehmen, die Geldtransporte durchführen, um die Bedingungen für die Zulassung zur Berufsausübung und um europaweite Mindestnormen für den Arbeitsschutz.

Gegen Sozialdumping. „Gemeinsame europäische Standards zum Schutz der Beschäftigten sind wichtig. Keinesfalls darf es aber aufgrund des unterschiedlichen Lohnniveaus in den verschiedenen Ländern zu sozialem Dumping kommen. Auch dafür setzen wir uns ein“, so Hartl.

ines.schmied@vida.at



Natascha Hartl vertritt bei der Umsetzung der Richtlinie zum grenzüberschreitenden Geldtransport die Interessen der ArbeitnehmerInnen

Webtipp

Wissenswertes zur EU-Wahl

Die Wahl zum Europäischen Parlament findet in Österreich am 7. Juni 2009 statt.

Wahlberechtigt sind alle EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich, die spätestens am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Antworten auf organisatorische Fragen rund um die Europawahl bietet die Homepage des Bundesministeriums für Inneres unter www.bmi.gv.at



Europäische
Transportarbeiter
Föderation

Vernetzte Mitgestaltung in Europa

Der stellvertretende vida-Vorsitzende Wilhelm Haberzettl zieht Bilanz über seine 10-jährige Arbeit als Präsident der Europäischen Transportarbeiter Föderation (ETF).

vida: Du ziehst dich Ende Mai am ETF-Kongress in Portugal von der ETF-Spitze zurück. Was hat dich zu dieser persönlichen Entscheidung bewogen?

W. Haberzettl: Nach zehn Jahren Aufbauarbeit ist es nun notwendig, den Vorstand der ETF einer Verjüngungskur zu unterziehen, damit eine neue Dynamik entsteht, um für die großen Herausforderungen im europäischen Verkehrsbereich gewappnet zu sein. Mein designierter Nachfolger, der Brite Graham Stevens aus der englischen Transport- und Verkehrsgewerkschaft Unite, besitzt sicherlich das richtige Potenzial hierfür.

vida: Warum hast du die Gründung der ETF maßgeblich forciert?

W. Haberzettl: Die ETF wurde 1999 gegründet und ist die Nachfolgeorganisation des Gewerkschaftlichen Verbands der Transportarbeitergewerkschaften (FST). Die Öffnung des Straßenverkehrs in Europa hat mir die Augen geöffnet, dass die Liberalisierung der Schiene der nächste Schritt sein wird. Ich habe damals mit einer Delegation der Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE) an der ersten Großmobilisierung der europäischen EisenbahnerInnen in Brüssel gegen die Liberalisierung teilgenommen. Das war ein prägendes Erlebnis, was wir alles bewirken können, wenn wir uns besser vernetzen. Mir wurde auch bewusst, dass die wesentlichen Entscheidungen in der Verkehrspolitik in Zukunft auf europäischer Ebene entschieden werden. Will man mitreden und mitbestimmen, braucht man eine völlig neue Herangehensweise, nämlich eine schlagkräftige Organisation, die auch in der Lage ist, für soziale Bedingungen und faire Entlohnung mit Erfolg lobbyieren und kämpfen zu können.

vida: Welche weiteren Vorteile brachte die ETF?

W. Haberzettl: Ein weiterer großer Vorteil der ETF ist, dass sich ihre Mitgliedsgewerkschaften nicht mehr nur auf die EU-15-Staaten reduzierten. Es konnten nun auch Gewerkschaften aus Nichtmitgliedsländern beitreten – das machte die ETF mitgliederstärker und brachte einen erweiterten Aktionsradius. Die ETF-Gründung war richtig, denn heute werden schon 80 Prozent aller wichtigen verkehrspolitischen Entscheidungen auf europäischer Ebene gefällt. Und wir bestimmen dabei über die ETF mit. Parlamentsentscheidungen zu beeinflussen und der Europäische Soziale Dialog sind wichtige Teile unseres Kampfes für die Rechte der Beschäftigten. Sich über die Grenzen hinweg solidarisch zu organisieren und in der Öffentlichkeit auf der Straße Präsenz und Stärke zu zeigen, ist für eine ArbeitnehmerInnenorganisation eine Notwendigkeit, um vom Gegenspieler respektiert zu werden. Nur so können Gewerkschaften dazu beitragen, Europa sozialer zu gestalten.

vida: Was hat die ETF für die Beschäftigten erreicht?

W. Haberzettl: Unser größter Erfolg war sicherlich das Kippen der EU-Richtlinie zur Hafenliberalisierung. Es sollte den Reedern ermöglicht werden, Schiffe mit eigenem Personal abzufertigen. Das hätte für die Hafentarbeiter schlechtere Arbeitsbedingungen, Lohnkürzungen sowie den Verlust von Arbeitsplätzen bedeutet. Vernetzung, international koordinierte Großkundgebungen und das gezielte Bestreiken europäischer Häfen durch die 40.000 Docker in Europa haben diesen Erfolg möglich gemacht. Weitere Erfolge waren das Zustandekommen der Richtlinie über die Einsatzbedingungen und die Arbeits- und Ruhezeiten im grenzüberschreitenden Schienenverkehr oder die europaweite Regelung



Wilhelm Haberzettl: 80 Prozent aller wichtigen verkehrspolitischen Entscheidungen werden schon auf europäischer Ebene getroffen – am 7. Juni wählen gehen, ist deshalb Pflicht.

der Flugzeiten für das fliegende Personal. Auch in Punkto Arbeitszeitrichtlinie haben wir uns jüngst stark gemacht, dass hier auch für die selbstständigen BerufskraftfahrerInnen einheitliche Ruhe- und Fahrzeiten einfließen.

vida: Die Eisenbahnliberalisierung konnte aber nicht verhindert werden?

W. Haberzettl: Unser Protest gegen die Öffnung der europäischen Schienenverkehre hat aber dazu geführt, dass wir die drei Eisenbahnpakete im Sinne der Beschäftigten mitgestalten und negative Auswirkungen abmildern konnten. Konkret bedeutet das, dass wir die Mitsprache der ArbeitnehmerInnen in der Europäischen Eisenbahnagentur absichern und mit der Einführung des europäischen Lokführerscheins eine Zertifizierung des Personals erreicht haben. Das brachte klar geregelte soziale und sichere Arbeitskriterien für den grenzüberschreitenden Einsatz auf der Schiene. Im Rahmen der EU-Nahverkehrsverordnung konnte 2007 die

Wahlfreiheit der Kommunen, ob sie Verkehrsdienste aus-schreiben oder direkt an ein in ihrem Besitz stehendes Unternehmen vergeben wollen, erhalten werden. Wird ein Dienst ausgeschrieben, so müssen die Arbeitsbedingungen sowie die Sozial- und Qualitätskriterien von einem neuen Eigentümer verpflichtend eingehalten werden.

vida: Besteht ein Zusammenhang zwischen der ETF und der vida-Gründung?

W. Haberzettl: Der besteht zweifelsohne. Mit der vida-Gründung haben drei Gewerkschaften letztlich auch nichts anderes vollzogen, als dass wir erkannt haben, dass Probleme lösen und erfolgreiche Interessenvertretung heute über bereichsübergreifende Zusammenarbeit besser funktioniert.

vida: Welche dringenden Aufgaben warten auf deinen Nachfolger?

W. Haberzettl: Ich bin stolz darauf, dass mit der ETF die europäische Einheit der ArbeitnehmerInnen im Verkehrsbereich

gelingen ist. Das ist eindeutig eine Stärkung unserer Position, die ETF ist ein repräsentativer Sozialpartner. Die Arbeitgeberstrukturen im Verkehrsbereich sind in Europa hingegen zerrissen. Das birgt für uns im sozialen Dialog das Problem, dass wir nicht mit einer einheitlichen sondern mit verschiedenen Positionen in den Verhandlungen konfrontiert sind.

Es wird auch in der Zukunft sehr wichtig sein, auf europäischer Ebene weiterhin soziale Begleitmaßnahmen zu kommenden Gesetzen und Richtlinien für die Beschäftigten einzufordern. Die ETF muss weiterhin entschieden gegen überzogene Liberalisierungsschritte auftreten. Intensiv wird sich die ETF auch für eine soziale europäische Verkehrspolitik im Sinne der ArbeitnehmerInnen einsetzen müssen. Im Zuge der Gestaltung des neuen Generalverkehrsplans der Union für 2010 bis 2020 wird der ETF die Arbeit jedenfalls nicht ausgehen!

hansjoerg.miethling@vida.at
harald.voitl@vida.at

Interessen in Europa durchsetzen

Interessen vertreten, um mitzugestalten, wo die Entscheidungen über die Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder fallen, dazu sind die Gewerkschaften gegründet worden.

So fasst sich in kurzen Worten das Engagement der Gewerkschaft vida auf europäischer Ebene zusammen. Zwei von drei Gesetzen werden heute über die europäische Gesetzgebung bestimmt. Das macht deutlich, dass es für Gewerkschaften oberstes Gebot sein muss, die Fähigkeit zu entwickeln, einen deutlichen Einfluss auf die Gesetzgeber aufzubauen, um die europäischen Rahmengesetze mitbestimmen zu können.

Der europäische Gesetzgeber setzt sich aus dem Europäischen Parlament und aus dem EU-Ministerrat (bestehend aus den jeweiligen 27 nationalen „Fach“-MinisterInnen) zusammen. Sie können gemeinsam Vorschläge zu europäischen Rahmengesetzen annehmen, ablehnen oder abändern.

Können etwa Gewerkschaften zumindest eines dieser beiden Organe von der Notwendigkeit einer Änderung im Sinne ihrer Mitglieder überzeugen, so bestehen gute Chancen, dass in einem Gesetzesvorschlag stärker auf mögliche Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen eingegangen wird.

Um dabei durchsetzungsstark zu sein, ist vida Mitglied in europäischen Branchengewerkschaftsverbänden und im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). vida bestimmt so die politische Richtung der Gewerkschaftsverbände mit: Das europäische Parlament muss von ihnen in Brüssel mit den Anliegen der Beschäftigten konfrontiert werden. Im Wettstreit der verschiedenen Interessengruppen geht es um starke Überzeugungskraft, die in sichtbaren Erfolgen münden soll.

In einem Wahljahr kommt ein weiterer Trumpf hinzu: Gewerkschaftsmitglieder sind auch WählerInnen der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Der Wahlausgang entscheidet, ob sich das Parlament mehrheitlich arbeitnehmer- oder arbeitgeberfreundlich zusammensetzt. Das ist die direkteste und demokratischste Form der Interessenvertretung – deshalb entscheiden auch Sie mit bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009.



Diskriminierung ist keine Kleinigkeit

Die Antidiskriminierungs-Richtlinien der EU haben dazu beigetragen, dass der gesetzliche Schutz vor Diskriminierung in Österreich ausgeweitet wurde.

Ein Salzburger Gericht sprach einem schwulen LKW-Fahrer Schadenersatz durch zwei Lagerarbeiter zu. Sie hatten ihren Kollegen wegen seiner Homosexualität über einen längeren Zeitraum verspottet und gemobbt. Seit dem Jahr 2004 sieht das österreichische Gleichbehandlungsgesetz Sanktionen bei Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund der sexuellen Orientierung vor. Ursprünglich wurde das Gleichbehandlungsgesetz in den 70er Jahren zur Bekämpfung der Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt geschaffen. Seit 2004 wird durch das Gesetz auch die Diskriminierung vieler anderer Gruppen geahndet: Dazu gehören die Benachteiligung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder der

Weltanschauung, die Diskriminierung aufgrund des Alters oder – wie im obigen Beispiel erwähnt – aufgrund der sexuellen Orientierung. 2006 schließlich trat in Österreich das Behindertengleichstellungspaket in Kraft. Ziel des Gesetzespaketes ist es, Diskriminierung aufgrund einer Behinderung zu beseitigen bzw zu verhindern.

EU verlangt Gleichstellung. Zurückzuführen ist die Ausweitung des Schutzes vor Benachteiligung auf die Antidiskriminierungspolitik der EU. Seit dem Jahr 2000 hat der Rat vier Antidiskriminierungsrichtlinien erlassen, die von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden mussten. Dazu gehören die „Antirassismus-Richtlinie“,



Foto: Fotolia/Milkey

die „Rahmen-Richtlinie Beschäftigung“, die „Änderungsrichtlinie Geschlecht“, die den Schutz bei Diskriminierung aufgrund des Geschlechts verbessert, sowie die „Richtlinie Güter und Dienstleistungen“. Letztere wird auch als „Unisex-Richtlinie“ bezeichnet und verbietet eine Ungleichbehandlung von Frauen und Männern beim Zugang und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Dies gilt zum Beispiel auch für die Tarife, die Frauen und Männer für private Versicherungen bezahlen: Seit Umsetzung der Richtlinie in österreichisches Gesetz dürfen private Krankenversicherungen Frauen wegen des „Risikos“ der Schwangerschaft und der Geburt nicht mehr höhere Tarife als Männern verrechnen.

Was bisher noch fehlt. Der Schutz vor Diskriminierung

aufgrund des Alters, der Religion, einer Behinderung oder der sexuellen Ausrichtung bezieht sich bisher fast ausschließlich auf den Arbeitsmarkt. Wenn ein Hotelbesitzer zwei Männern ein gemeinsames Hotelzimmer verwehrt oder eine Versicherung ältere Menschen von der Möglichkeit, sich zu versichern ausschließt, gab es bislang keinen Diskriminierungsschutz. 2007, im Jahr der Chancengleichheit, kündigte die EU-Kommission an, auch gegen Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes aktiv zu werden. Der daraufhin ausgearbeiteten Antidiskriminierungsrichtlinie hat das Europäische Parlament am 2. April 2009 zugestimmt. Bis zur endgültigen Verabschiedung der Richtlinie und der Umsetzung in nationales Recht dürfte allerdings noch etwas Zeit vergehen.

Jede/r Siebente betroffen. Dass Handlungsbedarf besteht, zeigt eine Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2008: 15 Prozent der befragten Menschen gaben an, dass sie im vergangenen Jahr diskriminiert wurden. Zwar ist mit Gesetzen alleine Gleichstellung und die Akzeptanz von Menschen, die „anders“ sind, nicht zu erreichen. Zugleich ist es wichtig, dass die Gesellschaft bei Diskriminierung signalisiert: Das tolerieren wir nicht!

Peter Traschkowitsch, arbeitnehmerInnenschutz@vida.at

Lesetipp

ÖGB-Broschüren „Arbeit ohne Unterschiede. Arbeit ohne Vorurteile“ und „Ratgeber zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“, erhältlich im ÖGB-Servicecenter, E-Mail: servicecenter@oegb.at

Video

www.stop-discrimination.info/5688.o.html



Webtipp

www.stop-discrimination.info bietet Info über die EU-Regelungen und die Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten.



Fremdsprachige Beratung

Nicht immer ist es leicht, mit der österreichischen Gesetzeslage zurechtzukommen – besonders, wenn die dafür notwendigen Deutschkenntnisse fehlen. Der ÖGB und die Gewerkschaft vida helfen mit einem muttersprachlichen Beratungsangebot für MigrantInnen.

Beratung in Bosnisch, Kroatisch, Serbisch und Serbokroatisch
Savjetovalište na bosanskom/hrvatskom/srpskom svakog četvrtka od 14 – 16 sati.
vida, Margaretenstraße 166, 1050 Wien
Kolega **Spajić Zdravko**, Mobilni: 0664/36 46 311
Ostalim danima - Laurenzerberg 2, 1010 Wien

Obavezno ugovoriti termin! Telefon (01) 53 444-377

Beratung auf Türkisch und Kurdisch

Türkçe Danışma Hizmeti her Pazartesi-Salı- ve Perşembe saat 12 – 16 arası

Göçmenler için iş hukuku ve sosyal haklar konusunda türkçe danışma hizmeti sadece ve sadece (01)53 444-580 yada 149 numaralı telefonda önceden randevu alanlara verilmektedir. Danışmanlık hizmetleri şahsi görüşme şeklinde sunulmaktadır; telefonla veya yazılı/elektronik danışmanlık yapılmaktadır.

ÖGB – MERKEZİNDE, SOSYAL İLİŞKİLER DANIŞMA

MERKEZÍ, Laurenzerberg 2, 1010 Wien

Dr. Azem Olcay, Telefon (01) 53 444-331

Beratung auf Tschechisch und Slowakisch

Ne vždy je jednoduché se v oblasti rakouského práva vyznat – zvláště potom, když potřebné znalosti německého jazyka chybí. ÖGB – Rakouský odborový svaz vám pomůže tuto bariéru překonat. V centru právního poradenství vám poskytneme radu a informace v oblasti pracovního a sociálního práva v českém a slovenském jazyce. Sjednání termínu není nutné: **Martina Lackner**, Telefon: (01) 53 444-142 nebo 128 nebo martina.lackner@oegb.at



Foto: ÖGB

ÖGB-Beratungszentrum: Aktiv für Ihr Recht als MigrantIn

Rechtsberatung für MigrantInnen afrikanischer Herkunft

It is not always easy to understand Austrian law – especially when you are in the process of learning the German language. The Austrian Trade Union Federation (ÖGB) is here to help remove the barriers that prevent you from managing your everyday working life by providing legal and social counselling in German or English lan-

guage. The consultation is free of charge and will be held by a competent and dedicated trade unionist whose origin is African as well.

This consultation service takes place twice a month every 1st and 3rd Thursday from 4 to 5.30 pm

Esayas Berhanu, Telefon (01) 534 44-142, Fax (01) 534 44-611, beratungszentrum@oegb.at

Info

ÖGB Beratungszentrum
Laurenzerberg 2, 1010 Wien
Telefon (01) 534 44-580
beratungszentrum@oegb.at
www.oegb.at/beratungszentrum



Wenn die Angst mitfährt ...

GewerkschafterInnen aus ganz Europa diskutierten in Wien über Maßnahmen gegen die Gewalt im Job.

Sie werden belästigt, beschimpft und auch körperlich angegriffen. Sicher unterwegs fühlen sich viele Beschäftigte im Personenverkehr schon längst nicht mehr. „Die Deregulierung des Transportsektors ist eine der Ursachen für die Vernachlässigung von Sicherheitsstandards und für die Zunahme der Gewalt am Arbeitsplatz“, erklärte Eddie Dickson von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation bei der Konferenz. Der bulgarische Gewerkschafter Angel

Ignatov belegte dies mit einem Beispiel aus seinem Heimatland. „Der wachsende Arbeitsdruck führt dazu, dass Sicherheitsstandards nicht eingehalten werden. Wenn dann ein Arbeitsunfall passiert, kommt es immer wieder vor, dass der Sicherheitsexperte der Bahn dem Betroffenen ‚rät‘ das Ganze als Haushaltsunfall zu melden.“

Service wurde reduziert. Die Zunahme des aggressiven Verhaltens von Passagieren hänge auch mit dem Streichen von

Dienstleistungen zusammen, berichtete ein österreichischer Gewerkschafter. „Wir haben vor der Einführung der so genannten Selbstbedienungsstrecken gewarnt. Wenn dort ein Kunde ohne Ticket angetroffen wird, darf ihm das Personal keinen Fahrschein verkaufen, sondern muss eine Strafe einheben. Das Unternehmen provoziert durch derartige Sparmaßnahmen Belästigungen.“

EU-Abkommen gegen Gewalt. Um die Arbeitgeber stärker in die Pflicht zu nehmen, Gewalt im Job aktiv zu bekämpfen, hat der Europäische Gewerkschaftsbund mit den Arbeitgeberverbänden ein Rahmenabkommen zur Gewalt am Arbeitsplatz unterzeichnet. Das Abkommen muss bis April 2010 in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Einzelne Länder haben dazu bereits Maßnahmen ausgearbeitet.

Aktion „Sicher unterwegs“. In Deutschland befragten die Eisenbahngewerkschaften Transnet und GDBA mehr als 1300 Beschäftigte zum Thema Gewalt im Job. Das Ergebnis: Die

Beschäftigten fühlen sich nicht sicher, ein Drittel der Befragten wurde bereits einmal körperlich verletzt. Bei der Mehrzahl der Angriffe war das Opfer allein tätig. Um die Situation zu verbessern, erstellten die Gewerkschaften ein Maßnahmenpaket. Vom Arbeitgeber Deutsche Bahn forderten sie regelmäßige Deeskalations- und Selbstverteidigungsmaßnahmen für die Beschäftigten ein sowie die umfassende Betreuung der Opfer von Übergriffen. Von den Verkehrsverbänden, die die „Besteller“ der Verkehrsdienstleistung sind, verlangen die Gewerkschaften, dass auch die Gewährleistung der Sicherheit ein Vergabekriterium sein müsse. „Vor allem bei kritischen Strecken braucht es in der Zugbegleitung Zweier-teams“, so Peter Tröge von der GDBA. Die Reisenden sind bei der Aktion „Sicher unterwegs“ in Form von Befragungen zu ihrem eigenen Sicherheitsgefühl eingebunden.

Situation aufzeigen. Die MitarbeiterInnen der Bahn werden im Rahmen der Kampagne da-



Bildquelle: ITF

für sensibilisiert, dass es wichtig ist, jegliche Form der Belästigung zu melden. Und nicht zuletzt nehmen die Gewerkschaften auch die Politik in die Pflicht. Peter Tröge: „Die steigende Gewaltbreitschaft ist ein gesellschaftliches Problem. Der Staat muss mithelfen, die Sicherheit von Beschäftigten und Passagieren in öffentlichen Verkehrsmitteln zu gewährleisten.“

martina.fassler@vida.at

Veranstaltungstipp „Tatort Arbeitsplatz“



vida veranstaltet am 23. November 2009 von 10:30 bis 17:00 Uhr in Wien eine Veranstaltung zum Thema „Gewalt am Arbeitsplatz“, in der über die Probleme und Lösungsmöglichkeiten in den vida-Branchen diskutiert wird. Anmeldungen unter tatort.arbeitsplatz@vida.at. Fax: 01/534 44-102-270

Mit der E-Card in den Urlaub

Die E-Card sollte immer mit im Gepäck sein.

Pro Jahr verbringen rund eine Million Österreicher ihren Urlaub außerhalb Österreichs. Dabei krank oder verletzt zu werden, ist eine der unangenehmsten Erfahrungen, die man machen kann. Doch mit der Europäischen Krankenversicherungskarte (EKVK) auf der Rückseite der e-card ist die kostenlose Behandlung bei Vertragsärzten und öffentlichen Spitälern in der gesamten EU, in den EWR-Staaten sowie in der Schweiz garantiert. Der ausländische Krankenversicherungsträger rechnet die Kosten mit dem jeweils zuständigen Krankenversicherungsträger in Österreich ab. Vorsicht ist bei privaten Kliniken und bei privaten Ärzten geboten. Dort muss die Rechnung vorerst selbst bezahlt werden. Gegen Vorlage der Originalrechnung und Zahlungsbestätigung erhält man aber für medizinisch notwendige Behandlungen eine Kostenerstattung vom zuständigen Krankenversicherungsträger nach den entsprechenden gesetzlichen Regelungen.

Abkommen mit Nicht-EU Ländern. Mit folgenden Staaten, in denen die EKVK nicht gilt, hat Österreich zwischenstaatliche

Abkommen abgeschlossen: Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Serbien, Montenegro und Türkei. Für Reisen in diese Länder gibt es einen Urlaubskrankenschein. Diesen erhalten DienstnehmerInnen bei ihrem Dienstgeber. PensionistInnen sowie BeziehInnen einer Leistung nach dem Arbeitslosengesetz bekommen den Schein bei ihrem zuständigen Krankenversicherungsträger. Waren Sie zum Ausstellungszeitpunkt der EKVK nicht oder erst sehr kurz versichert, und verfügen daher über keine gültige EKVK – in diesem Fall sind einige Datenfelder der Europäischen Krankenversicherungskarte nur mit Sternen versehen – können Sie vor Reiseantritt bei Ihrem Krankenversicherungsträger eine Bescheinigung als provisorischen Ersatz für die EKVK beantragen.

Was tun bei Problemen? Es kann vorkommen, dass ein ausländischer Leistungserbringer (z. B. ein niedergelassener Arzt) etwa aus Unkenntnis der entsprechenden EU-Regelungen die Abwicklung mit der EKVK verweigert und auf Barzahlung besteht. In diesem Fall lassen

Sie sich bitte **unbedingt eine detaillierte Rechnung ausstellen.** Diese reichen Sie nach Ihrer Rückkehr im Original beim zuständigen Krankenversicherungsträger ein, der die Erstattung nach den entsprechenden

gesetzlichen Regelungen vornehmen wird. Außerdem sehen manche Länder für bestimmte Leistungen Selbstbehalte vor, die vom Krankenversicherungsträger nicht ersetzt werden. Die eventuell verbleiben-

den Differenzkosten können durch den vorherigen Abschluss einer privaten Urlaubskrankenversicherung abgedeckt werden.

alice.wittig@vaeb.at

Mit der e-card auf Reisen

In diesen Ländern gilt die EKVK auf der Rückseite der e-card als Auslandskrankenschein

Quelle: HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER Grafik: Der Auer

Theater zum Haydn-Jahr 2009

Der Kopf des Joseph Haydn



Vielen von uns ist wohl Haydns Musik vertraut – aber wie viel kennen wir über sein Leben und seine Persönlichkeit? Vergnüglich und in einer temporeichen Erzählweise können die ZuschauerInnen die wichtigsten Schaffensjahre vom Klavierlehrer bis zum gefeierten Komponisten von Weltruhm mitverfolgen, dabei aufschlussreiche Hinter- und Abgründe erwarten, die von rasanten Tanzszenen und überraschenden Musiknummern begleitet werden.

In diesem Theaterstück von Michael Korth wirken neben dem Intendanten Wolfgang Böck viele Publikumsliebhaber wie Julia Cencig, Günter Franzmeier als „Joseph Haydn“, Eva Maria Marold, Ronald Kuste, Linde Prelog, Hannah Hohloch mit.

Spielzeit: 6. Juli (Uraufführung) bis 2. August 2009, jeweils Do bis So

Vorstellungsbeginn: 20:30 Uhr

Kartenpreise: 24 bis 44 Euro

Kartenservice und Information:

Büro der Schloss-Spiele Kobersdorf, Schloss Esterházy, 7000 Eisenstadt. Tel.: +43 (0) 2682 66211. E-Mail: schloss-spiele@kobersdorf.at, www.kobersdorf.at
 vida-Mitglieder erhalten im Vorverkauf gegen Vorlage der Mitgliedskarte 10% Ermäßigung auf jeweils zwei Eintrittskarten an Donnerstagen und Sonntagen, sowie Gruppenermäßigung in der vida-Kartenstelle. Tel: 01/54641-171, nina.vyhnalek@vida.at

Gewinnspiel



vida verlost 3-mal zwei Freikarten für die Vorstellung am Donnerstag, 9. Juli 2009, wenn Sie uns folgende Gewinnfrage beantworten können: Wer hat das Stück „Der Kopf des Joseph Haydn“ geschrieben?

Antworten an:

vida/Presseabteilung, Kennwort: Kobersdorf, Margaretensstraße 166, A-1050 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at
 Einsendeschluss: 8. Juni 09

Winnetou-Festspiele in Winzendorf

Die Winnetou-Festspiele in Winzendorf bieten eine erlebnisreiche Vorstellung mit professionellen Darstellern, verwegenen Reitern, pyrotechnischen Effekten und stimmungsvoller Musik. 40 Mitwirkende und 17 Pferde liefern eine ebenso actionreiche wie humorvolle Inszenierung. Eine Tanzshow, Gastronomie und ein kreatives Kinderprogramm machen den Event zum wahren Fest für Groß und Klein.

Unter Geiern. So lautet der Titel des heuer aufgeführten Stücks. Ende des 19. Jahrhunderts ist ein Großteil Nordamerikas schon erforscht, aber in einigen Gebieten herrscht weder Recht noch Ordnung. Banditen treiben ihr Unwesen, es gibt India-

neraufstände wegen der Landvertreibungen und auch der Kukulux-Klan reitet mordend durch den Süden der Vereinigten Staaten. Diesen Umstand macht sich ein skrupelloser Bandit namens Tobias Preisegott Burton zu Nutze, um sowohl die Indianer aus ihren Dörfern als auch die Bewohner einer kleinen Stadt zu vertreiben. Seine Absicht ist es nämlich, von der Regierung Geld für nicht besiedeltes Land zu bekommen. Doch es gibt tapfere Männer, die sich gegen dieses Unrecht auflehnen und es bekämpfen. Zu diesen gehören Winnetou, der Häuptling der Apachen und Old Shatterhand, ein deutscher Abenteurer. Die beiden sind nicht nur durch das Band der Blutsbrüderschaft verbunden, sondern

auch durch ihr Streben nach Gerechtigkeit. Selbstverständlich fehlt auch der kauzige Sam Hawkens nicht, um den Banditen das Handwerk zu legen.

Tolles Kinderprogramm. Ab 3 Stunden vor jeder Vorstellung: Kinderschminken, Zeichnen, Zielschießen, Bogenschießen, Hufeisenwerfen, Glücksrad, Rätsel-Tallye, Trapperspiel und vieles mehr.

ÖGB-Mitglieder erhalten an der Tageskasse die ermäßigten Preise laut Preisliste.

Gespielt wird „Unter Geiern“ vom 1. bis 30. August, jeweils Fr. Sa. 19 Uhr bzw. So 17 Uhr.

Infos und Vorverkauf:

E-Mail: info@winwi.at, Tel. 0664/2012974
 Veranstalter: KDG, Eventbühne Steinbruch 1, A-2722 Winzendorf an der Hohen Wand

Gewinnspiel



Wir verlosen zweimal drei Eintrittskarten unter jenen EinsenderInnen, die uns folgende Gewinnfrage richtig beantworten:
 Aus welchem Land stammt Old Shatterhand?

Antworten an:

vida/Pressereferat, Kennwort: Winnetou, Margaretensstraße 166, A-1050 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at
 Einsendeschluss: 8. Juni 09



Bildquelle: KDG

zeitschrift@vida.at

Schreiben Sie uns, wie Ihnen die vida-Zeitschrift gefällt. Wir freuen uns

- über Ihre Rückmeldungen,
- über Tipps und
- Anregungen.

Schreiben Sie ein E-Mail an: zeitschrift@vida.at

Oder per Post an die:

Gewerkschaft vida
 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Margaretensstraße 166
 1050 Wien

Die nächste Ausgabe der vida-Zeitschrift finden Sie im Juli in Ihrem Postkasten.

Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida, Margaretensstraße 166, 1050 Wien

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1230 Wien, Altmannsdorfer Str. 154-156, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96/6385, E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, [www: http://www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at).

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21, **Herstellungsort:** Neudörfel

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Walter Darmstädter, Martina Fassler (Chefredaktion), Ulrike Legner, Hansjörg Miethling, Patrick Nikitser, Gertrude Oelmack, Maria Ostermann, Ines Schmied (is), Rudolf Srba, Sylvia Tatra, Harald Voitl, Alice Wittig.

Grafik: Michael Mazohl, ÖGB-Verlag.

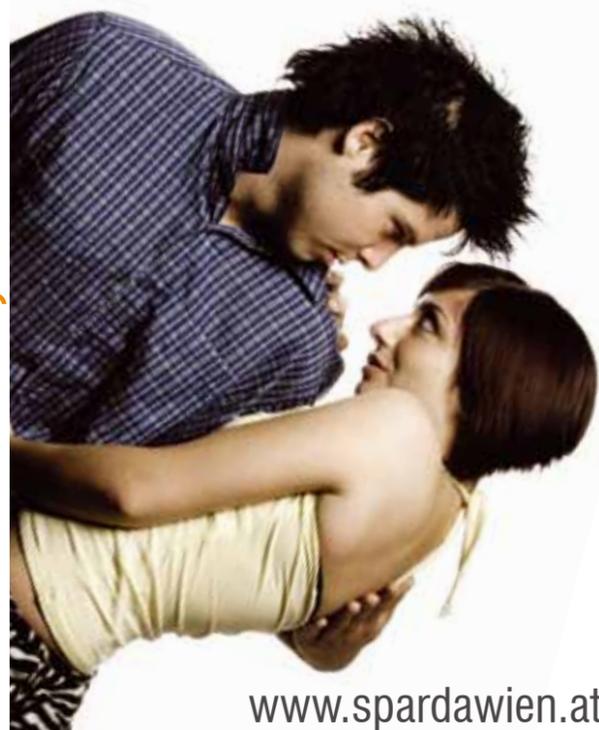
Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Margaretensstraße 166, 1050 Wien, zeitschrift@vida.at, Tel: 01/54641-114.

DVR-Nr.: 0046655. **ZVR:** 576 439 352

PREISE	Vorverkauf	Tageskasse	
		ermäßigt	normal
Kind (4-14) Kategorie B	11 €	12 €	13 €
Erwachsene Kategorie B	22 €	24 €	26 €
Kind (4-14) Kategorie A	13 €	15 €	16 €
Erwachsene Kategorie A	26 €	30 €	32 €

SPARDA BANK

EIN UNTERNEHMEN DER BAWAG P.S.K.



www.spardawien.at

Kontoführung **kostenlos**

e-Banking **rund um die Uhr**

SPARDA Bank AG
 1020 Wien, Nordbahnstraße 5
 Telefon: 01/214 24 51, 0810/200 166 (zum Ortstarif)
 Basa: 880/24188
 e-Mail: schalter@spardawien.at

WIR SCHAUEN AUF IHR GELD

topinfo **vida**

www.vida.at

Soziale Arbeit ist mehr wert!

Gesundheit und Soziales gelten als Zukunftsbranchen, doch das Geld für diese Bereiche ist knapp. Eine Sozialmilliarde und ein steuerfinanzierter Pflegefonds sollen das ändern, verlangt vida.

Die Arbeitsbedingungen in den mobilen Diensten haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Pro PatientIn steht im Schnitt weniger Zeit zur Verfügung. Die Heimhilfen müssen in derselben Zeit deutlich mehr Menschen betreuen und von einem Arbeitseinsatz zum nächsten eilen“, erzählt Renate Donhofer. Sie ist Konzernbetriebsratsvorsitzende bei der Caritas Socialis – einer Organisation, die sowohl stationäre Pflege für ältere und chronisch kranke Menschen anbietet als auch mobile Betreuung und Pflege in den eigenen vier Wänden. Grund für die Zunahme des Arbeitsdrucks ist, dass der Bedarf an Betreuungs- und Pflegeleistungen weit stärker gestiegen ist als die finanziellen Mittel, die von der öffentlichen Hand für die Leistungserbringung zur Verfügung gestellt werden. „Wir sind nicht die Vertreter der Arbeitgeber. Aber es ist eine Tatsache, dass sich die Organisationen und Vereine in einer Sandwich-Position befinden. Viele von ihnen leiden unter chronischen Finanzierungsengpässen. Bund, Länder und Gemeinden sind die großen Auftraggeber im Bereich der Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen. Wenn sie für die beauftragten Leistungen nicht genug zahlen, wirkt sich das unmittelbar auf die Beschäftigten aus – indem sich ihre Arbeitsbedingungen verschlechtern und der Arbeitsdruck steigt. Darunter

leidet notgedrungen auch die Qualität der Betreuung“, sagt vida-Vorsitzender Rudolf Kaska.

Konjunkturpaket für Soziales. Gemeinsam mit der GPA-djp verlangt vida, dass im Zuge eines weiteren Konjunkturpaketes eine Sozialmilliarde zur Stärkung der Sozial- und Gesundheitsdienste zur Verfügung gestellt wird. Eine aktuelle ifes-Umfrage im Auftrag der Gewerkschaften zeigt, dass die Bevölkerung hinter dieser Forderung steht: Zwei Drittel der Befragten traten dafür ein, dass der Staat mehr Geld für die Alten-, Jugend- und Behindertenbetreuung sowie für Pflegeeinrichtungen und den Gesundheitsbereich zur Verfügung stellen solle. Derzeit arbeiten rund 200.000 Menschen im Sozial- und Gesundheitswesen, das durchschnittliche Bruttoeinkommen betrug 2007 rund 1.500 Euro und lag damit um 20 Prozent unter den Bruttoeinkommen aller Beschäftigten. „Im Sozial- und Gesundheitsbereich könnten angesichts des Bedarfs an Pflege und Betreuung in den nächsten Jahren Tausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit das tatsächlich ‚Zukunftsjobs‘ sind, ist es nötig, attraktivere Arbeitsbedingungen und eine bessere Entlohnung zu schaffen“, sagt der stellvertretende vida-Vorsitzende Willibald Steinkellner. Die von den Gewerkschaften geforderte Sozialmilliarde soll der erste Schritt dafür sein. Für eine nachhaltige finanzielle Absicherung



Foto: Werner Kollner

Gute Pflege und Betreuung auch in Zukunft sicherstellen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verbessern – das wollen vida und die GPA-djp.

müsse in einem zweiten Schritt ein steuerfinanzierter Pflegefonds eingerichtet werden. „Wir denken dabei an Steuern auf große Vermögen, nicht an eine Belastung der kleinen und mittleren Einkommen“, erklärt Steinkellner.

Unrühmliches Schlusslicht. Der internationale Vergleich macht deutlich, dass Österreich bei der Besteuerung von Vermögen hinterherhinkt. Während der Aufkommensanteil der vermögensbezogenen Steuern im Durchschnitt der (alten) EU-15 Staaten 2006 bei 2,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) lag, machten sie in Österreich nur 0,59 Prozent des BIP aus. Und während im EU-Durchschnitt der Aufkommensanteil der vermögensbezogenen Steuern in den vergangenen Jahren gestiegen ist, ging er in Österreich kontinuierlich zurück. Denn im Zuge verschiedener Steuerreformen wurden gerade die aufkommensstarken vermögensbezogenen Steuern in Österreich abgeschafft; unter anderem die Vermögenssteuer, die 1990 mit Einnahmen in Höhe von 511,26 Millionen Euro rund 35 Prozent des gesamten

vermögensbezogenen Steueraufkommens ausmachte. Zuletzt aufgehoben wurde im Sommer 2008 die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Zeitgleich mit der Aushöhlung der Besteuerung von Vermögen wurde die Möglichkeit zur Errichtung von Privatstiftungen geschaffen, in denen die Wohlhabenden große Vermögen steuerschonend „parken“ können.

Keine Angst vor Reichensteuer. Zahlen und Fakten belegen die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Wohlstands. Rund eine Million Menschen leben in Haushalten, deren Einkommen unterhalb der Armutgefährdungsschwelle liegt. Gleichzeitig ist die Zahl der Dollar-MillionärInnen auf 70.000 Personen geklettert - die reichsten ÖsterreicherInnen sind zugleich die BesitzerInnen der bedeutendsten Privatstiftungen in unserem Land. Mit einem gut durchdachten System der Vermögensbesteuerung ließe sich mehr Verteilungsgerechtigkeit herstellen und Einnahmen zur notwendigen Finanzierung staatlicher Aufgaben – etwa eines Pflegefonds – erzielen. Dazu gehört die Abschaffung der Steuerpri-

viliegen für Privatstiftungen ebenso wie die Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Anders als manche Politiker den Menschen weismachen wollen, sollen nicht die kleinen Häuslbauer belastet werden, sondern die wirklich großen Vermögen. Die Aufhebung der einjährigen Spekulationsfrist bei Wertpapieren sowie die EU-weite Einführung einer Finanztransaktionssteuer würden für wichtige Steuereinnahmen sorgen und hätten den Vorteil, Spekulationen von großem Ausmaß einzudämmen. Weder Neid noch Missgunst sind es, die die Gewerkschaften in der Debatte um die Vermögensbesteuerung antreiben. Worum es geht ist, dass die wirklich Vermögenden endlich einen fairen Anteil an den Steuern tragen.

karl.goldberg@vida.at,
martina.fassler@vida.at

Webtipps



Lesen Sie mehr zur Vermögensbesteuerung in einzelnen EU-Ländern auf www.vida.at

vida und die GPA-djp haben im April Unterschriften für die Forderung nach einer Sozialmilliarde gesammelt. Rund 15.000 Menschen unterzeichneten die Initiative. Wir bedanken uns bei allen UnterstützerInnen. Die Unterschriften werden in Kürze dem Nationalrat übergeben.



Lohnverzicht ist keine Lösung



Foto: Paul Wilke

Kommentar

Jetzt mitbestimmen!

Anfang kommenden Monats gilt es zwei wichtige Wahlen zu schlagen. Einerseits für die EisenbahnerInnen mit den Betriebsratswahlen im ÖBB-Konzern und bei einigen Privatbahnen. Andererseits für alle Beschäftigten im Verkehrsbereich mit der Wahl zum Europäischen Parlament.

ÖBB-Betriebsratswahlen. Bei den ÖBB-Betriebsratswahlen von 3. bis 5. Juni geht es für uns darum, gemeinsam ein Zeichen der Stärke zu setzen. Die Wirtschaftskrise trifft uns EisenbahnerInnen gerade zu einem Zeitpunkt immer härter, an welchem die ÖBB einen negativen Konzernabschluss 2008 in der Höhe von rund 940 Millionen Euro vorlegen mussten. Neben den Einbrüchen im operativen Geschäft ist dieses schlechte Ergebnis auf die durch die Derivat- und Cross-Border-Leasinggeschäfte notwendig gewordenen hohen Rückstellungen und Abschreibungen zustande gekommen.

Keine Nulllohnstunden. Für verantwortungslose Risikobereitschaft von Managern dürfen aber nicht die EisenbahnerInnen mit Einsparungsmaßnahmen zur Kasse gebeten werden. Für Nulllohnstunden und Kurzarbeit sind wir seitens der Gewerkschaft

und des Konzernbetriebsrats nicht zu haben.

Keine Einbußen. Ein Entgegenkommen wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage wird es deshalb im Wesentlichen nur mit einem flexibleren Personalausgleich ohne finanzielle Einbußen innerhalb des Konzerns geben (Sehen Sie dazu auch den nebenstehenden Artikel).

EU-Wahl am 7. Juni. Was für die Betriebsratswahlen gilt, gilt auch für die EU-Wahl am 7. Juni: Es ist insbesondere aus Sicht eines Beschäftigten im Verkehrsbereich geradezu fahrlässig, seine Stimme nicht abzugeben. Denn im Verkehrssektor werden heute bereits 80 Prozent aller wesentlichen Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen. Wollen wir die Chance nutzen, dass Europa sozialer wird, müssen wir wählen gehen. Deshalb heißt es bei den kommenden Urnengängen zusammenhalten, damit die ArbeitnehmerInnen und ihre Interessen als klarer Sieger hervorgehen. In Krisenzeiten ist das wichtiger denn je!

wilhelm.habertzettl@vida.at
Vorsitzender der Sektion Verkehr

125 Jahre Arlbergbahn mit Weltrekordversuch

Im Rahmen der Klostertalwoche 2009 feiern die ÖBB am 19. Juni einen offiziellen Festakt anlässlich 125 Jahre Arlbergbahn in der Festarena in Braz. Bei der Klostertalwoche von 15. bis 21. Juni mit Kunst an der Bahn (Ausstellungen entlang der Bahn), der 1. Klostertaler Kultur Nacht und dem Bezirksmusikfest Braz gibt es am Festtag, 19. Juni, auch die Möglichkeit Sonderzüge zu benützen.

Eisenbahnermusik. Der Eisenbahnermusikverein ruft an diesem Tag um 18 Uhr zu einem Weltrekordversuch auf. Ziel dabei ist es, die größte Eisenbahnermusik Österreichs zusammenzustellen, die anschließend den Marsch „Bahn frei“ zum Besten geben soll. Alle österreichischen EisenbahnerInnen, die ein Instrument spielen können, sind deshalb aufgefordert, sich an diesem Weltrekordversuch mit Konzert zu beteiligen. Natürlich sind auch alle NichtmusikerInnen zu diesem Event herzlich eingeladen.

Anmeldung & Info. Anmeldung zum Weltrekordversuch im Internet unter www.klostertalwoche.at.

Nähere Informationen bei Jürgen Jochum, Obmann Musikverein Braz, Tel. 0664/580 34 44 bzw. E-Mail: juergen.jochum@gmx.at

Wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft sich die Lage im Transportsektor: Lohnverhandlungen geraten ins Stocken, die ÖBB haben ein 200-Millionen-Euro-Sparpaket angemeldet.

Die Kollektivvertragsverhandlungen für die Beschäftigten der Speditions- und Lagereibetriebe sind wegen inakzeptabler Angebote der Arbeitgeberseite (bestes Angebot waren bis jetzt 1,3 Prozent Erhöhung) bereits vier Mal unterbrochen worden.

Faire Erhöhungen. Am 30. März 2009 fand in Linz eine Betriebsrätkonferenz statt, bei der eine Resolution für faire Lohn erhöhungen verabschiedet wurde. In vielen Betrieben haben in den letzten Wochen auch bereits Betriebsversammlungen stattgefunden, um die Beschäftigten über die aktuelle Situation zu informieren.

Auftragseinbrüche. Für die Argumente der Arbeitgeberseite, dass seit dem Spätherbst die Speditionswirtschaft wegen massiver Auftragseinbrüche dramatisch im Zeichen der Wirtschaftskrise steht, hat der Bundessekretär der vida-Sektion Verkehr, Georg Eberl, zwar Verständnis, jedoch kann er die Ansicht nicht teilen, dass durch weitgehenden Lohnverzicht

oder mit einer Nulllohnrunde Personalabbau entgegengewirkt werden könnte. „Vor allem dann nicht, wenn die Arbeitgeberseite dafür keine Garantien abgeben will und der Arbeitsplatzabbau schon stattfindet“, betont Eberl.

Solidarische Lohnpolitik. Vielmehr müsse die Kaufkraft jetzt gestärkt werden und auch die teurer gewordenen Lebenshaltungskosten müssen finanziert werden, sagt der Gewerkschafter. „Es soll eine nachhaltige und solidarische Lohnpolitik auch für die Zeit nach der Wirtschaftskrise beibehalten werden. Auch in guten Jahren hat die Solidarität der Arbeitgeber gegenüber den Beschäftigten zu wünschen übrig gelassen“, will Eberl nicht, dass die MitarbeiterInnen mit Almosen abgespeist werden und dann erst Recht ihren Arbeitsplatz verlieren.

ÖBB-Rekorddefizit. Bei den ÖBB ruft das Management nach Einsparungen im Ausmaß von 200 Millionen Euro. Grund dafür sind die einbrechende Auftragslage und vor allem die Rücklagen für Verluste aus den Spekulationsgeschäften, was zu einem Rekorddefizit in der Höhe von 940 Millionen Euro im Jahr 2008 geführt hat (sehen Sie dazu auch den Kommentar auf dieser Seite).

Neue Struktur. Einsparungen soll eine neue ÖBB-Struktur bringen. Die ÖBB-Infrastruktur-Gesellschaften für Bau und Betrieb sollen zusammengeführt werden, was laut ÖBB-Vorstand 20 Millionen Euro Einsparungen bringen soll.

Flexibler Personaleinsatz. Mit der Gewerkschaft und dem Konzernbetriebsrat ist ein flexibler Personaleinsatz innerhalb des Konzerns vereinbart. ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzender Wilhelm Habertzettl sieht darin einen Beitrag der EisenbahnerInnen zur Milderung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise: „Aber für Verluste aus den Spekulationsgeschäften wird es von den EisenbahnerInnen keinen Cent geben.“

Beitrag des Personals. Der Betriebsrat sei auch Gesprächsbereit über Zeitausgleich, den Abbau von ‚Alturlaub‘ sowie über Vereinbarungen zu Teilzeit, Teil- und Vollzeitkarenz, Arbeitszeit und Überstundenregelung. Beim Thema Teilzeit müsse aber sichergestellt sein, dass der Arbeitgeber die vollen Pensionsbeiträge weiter entrichte und dass nachher niemand gekündigt werde. Kurzarbeit wird auch vor dem Hintergrund abgelehnt, dass die Arbeitsplätze der schon rund 10.000 kündbaren und überwiegend jungen KollegInnen erhalten werden müssen.

Managerreduktion. Der Konzernbetriebsrat fordert vom Management Kreativität statt dem Beharren auf Bonuszahlungen. Habertzettl fordert eine Reduktion der Managerzahl: „Die Overheadkosten entwickeln sich enorm, die Zahl der Chefs hat sich in den letzten Jahren verfünffacht. Die Zahl der Manager und Geschäftsführer könnte um ein Viertel reduziert werden.“

hansjoerg.miethling@vida.at

Pkw brauchen in Deutschland eine Umweltplakette.



Profitipp.



Foto: vida

Josef Schön,
Betriebsrat Dr. Richard KG

Die Zentren deutscher Städte führten vor mehr als zwei Jahren so genannte „Umweltzonen“ ein. Immer mehr Städte dürfen nur noch mit Autos befahren werden, bei denen eine Plakette signalisiert, dass ein bestimmter Ausstoß an Schad- und Feinstoffen nicht überschritten wird. Die Plakette gilt bundesweit und hat auch kein Ablaufdatum. Die Ausnahme ist bei einem Fahrzeugwechsel, denn die Plakette ist an das Kennzeichen gebunden. Ohne Plakette riskiert man eine Geldstrafe von 40 Euro. Pkw, die älter als 13 Jahre sind (Euro-Klasse 1

oder noch schlechter bzw. erstmals vor dem 1. Jänner 1995 zugelassen), haben keine Chance auf eine Plakette. Für alle anderen Pkw gibt es entweder rote, gelbe oder grüne Plaketten, je nach Euro-Klasse.

Wichtig für Deutschlandreisen per Pkw: Die Plakette kann man sich leider nicht in Österreich ausstellen lassen – sie kann aber vor einer Reise über das Internet bestellt werden.

Nähere Informationen zur Umweltplakette finden Sie auf www.umwelt-plakette.de

Betriebsräte als Kommunikationsexperten

Beim Wettbewerb für die beste betriebliche Kommunikation wurden Betriebsräte und ihr Team aus dem Bereich der vida-Bundesfachgruppe Schiene für ihre Projekte ausgezeichnet.

Eine Auszeichnung von ÖGB und AK für ihre betriebliche Kommunikation erhalten haben zwei Betriebsratsteams aus den ÖBB-Gesellschaften ÖBB-Traktion GmbH und Rail Cargo Austria AG. In der Güterverkehrstochter der ÖBB gewann in der Kategorie „Digital“ Betriebsrats-

vorsitzender Betrieb 1, Bernhard Moser den 2. Platz für seinen MitarbeiterInnen-Newsletter, der von der Jury als optimal gewähltes Instrument mit einer guten Mischung von Arbeitsrecht bis hin zu Serviceangeboten angesehen wurde.

„vida voice“. In der Kategorie „Gesamt“ wurde das Zentralbetriebsratsteam um Vorsitzenden Roman Hebenstreit der ÖBB Traktion GmbH ebenfalls mit einem 2. Rang ausgezeichnet. Von Teammitglied Dietmar Weiss wurden die Betriebsratszeitung „Makrofon“ und das spezielle SMS-Service „vida voice“ zur Information der KollegInnen eingereicht. Mit diesem Mix können die KollegInnen, die unterschiedlichen Dienstzeiten- und Orten unterliegen, schnell informiert werden, urteilte die Jury:

Durch einen Mix aus SMS, Audio und Voting seien alle MitarbeiterInnen überall erreichbar. Die Instrumente haben hohe Wirksamkeit und messbare Erfolge.

Auszeichnungskriterien. Eine Jury von ExpertInnen traf beim Wettbewerb für die beste betriebliche Kommunikation die Entscheidung, welche engagierten Kommunikationsleistungen in der täglichen Arbeit von ArbeitnehmervertreterInnen als besonders hervorragend prämiert werden können. Dabei ging es vorrangig nicht um möglichst aufwändige Gestaltung, sondern um Engagement, ideenreiche Umsetzung und die möglichst gute Ausrichtung auf die konkreten Bedürfnisse der KollegInnen.

hansjoerg.miethling@vida.at



Von links nach rechts im Bild: Die vida-GewinnerInnen beim Wettbewerb für betriebliche Kommunikation: Josef Fritscher, Bernhard Moser (beide Betriebsratsteam Rail Cargo Austria AG), Dietmar Weiss, Gerhard Tauchner, Roman Hebenstreit und Martina Felhofer (alle Betriebsratsteam ÖBB Traktion GmbH).

Flugsicherung

Alle Angehörigen sind gleich viel wert

Seit den Kollektivvertragsverhandlungen 2009 sind bei der Austro Control auch LebensgefährtenInnen im Falle des Ablebens der Partnerin/ des Partners abgesichert.

Endlich konnten wir unsere jahrelange Forderung, die Gleichsetzung von Lebensgemeinschaften und Ehen für die Beschäftigten in der Flugsicherung, bei den Kollektivvertragsverhandlungen durchsetzen“, freut sich Austro Control-Betriebsrat Norbert Payr über diese „wichtige soziale Absicherung für Lebensgemeinschaften bei den FluglotsInnen.“

Grundstein. Die neue Geschäftsführung habe das Vorhaben der Belegschaftsvertretung als gesellschaftspolitisch hoch interessant und diskussionswürdig befunden, sagt Payr. Man sei jahrelang auf taube Ohren in Unternehmen gestoßen, nun sei aber der Grundstein für die Einführung einer Gleichstellung bei der Abfertigung im Todesfall auch für unverheiratete PartnerInnen gelegt.

„Moderne Familie“. Aus der Sicht des vida-Verhandlungsteams sei dieser Punkt immer als fester Bestandteil des 2009 zu verhandelnden Gesamtpakets für die MitarbeiterInnen gewesen, so der Betriebsrat. „Die Lebensgemeinschaft wird nun endlich auch von der Unternehmensleitung als das angesehen,

was sie im Grunde nämlich wirklich ist: eine moderne Form der Familie, die auch als solche anerkannt werden muss. Es muss besonders hervorgehoben werden, dass diese Änderung im Kollektivvertrag natürlich auch auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften anzuwenden ist“, unterstreicht der vida-Gewerkschafter.

Vorreiterrolle. Die Austro Control habe mit diesem Vorgehen eine Vorreiterrolle in Österreich inne: Dieses Zugeständnis an ihre Beschäftigten erfolge ohne rechtliche Grundlage oder Verpflichtung durch den Gesetzgeber. Bis zur tatsächlichen Umsetzung gilt es jetzt noch einige Rahmenbedingungen auszuarbeiten, damit der korrekte und verantwortungsvolle Umgang bei der Meldung von PartnerInnen gewährleistet wird. „Es gilt noch zu klären, ob die Regelung analog zur Pflegefreistellung erfolgen soll, oder ob sich die Firma an der offiziellen Definition einer Lebensgemeinschaft orientieren will“, sagt Payr, der dann alle Austro Control-Beschäftigten ausführlich über die vereinbarte Regelung weiter informieren will.

hansjoerg.miethling@vida.at

Hohe Auszeichnung für Eisenbahner

Dem gebürtigen Burgenländer Karl Delfs, gebürtiger Breitenbrunner, wurde am 14. April 2009 durch die Bundesministerin für Verkehr, Infrastruktur und Technologie, Doris Bures, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Ausschlaggebend hierfür war das mehr als zehnjährige Engagement des Eisenbahners

und Gewerkschafters als Vorsitzender der ÖBB-Lehrlingsstiftung, über die mehrere hundert Lehrplätze erhalten werden konnten. Hunderte Facharbeiter, die auch in den Leitbetrieben der österreichischen Industrie ihren beruflichen Weg gefunden haben, konnten durch diese Initiative ausgebildet werden.

Die Auszeichnung nahm der 46-jährige Delfs sichtlich ge-

rührt entgegen. Die Verkehrsministerin hob in ihrer Laudatio sein Engagement für die Schwächeren in der Gesellschaft besonders hervor.

Unter den zahlreichen Ehrengästen befand sich auch der ehemalige Verkehrs- und Innenminister Caspar Einem, unter dessen Ägide Kollege Delfs sowohl im Innen- als auch im Verkehrsressort als Ministersekretär gewirkt hat.



Karl Delfs mit Ministerin Doris Bures.

Tatort Straße

Scharf kritisierte der Salzburger vida-Landesvorsitzende Walter Androschin Ende April die Zustände in der Salzburger Straßentransportwirtschaft, die „nur die Spitze eines Eisbergs“ seien. Die Anklage der Staatsanwaltschaft im Fall eines Flachgauer Speditionsunternehmens reiche

von Daten- und Urkundenfälschung bis hin zur Abgabenhinterziehung, erörterte Androschin in einer Pressekonferenz in Salzburg. Im Zuge der polizeilichen Kontrollen durch die Landesverkehrsabteilung der Polizei seien 200 falsche Urlaubscheine sichergestellt worden. Auch Kontrollgeräte

seien manipuliert und dadurch gesetzlich vorgesehene Pausen und Ruhezeiten umgangen worden. „Angesichts solcher Umstände wird die Gewerkschaft vida nicht aufhören, sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Transportbranche stark zu machen“, betonte Androschin.

Britisches Gesundheitssystem

Außer Kontrolle geraten



Foto: Lisi Gradnitzer

Kommentar

Brennpunkt Gesundheitswesen

Unter diesem Titel hat eine Podiumsdiskussion mit Gesundheitsminister Stöger im Klinikum Wels – Grieskirchen stattgefunden. Die Redebeiträge haben das breite Spektrum der Probleme im Gesundheitswesen zu Tage gebracht; zugleich wurde deutlich, dass die Qualität des österreichischen Gesundheitswesens eine doch sehr gute ist. Minister Stöger bekräftigte mit seiner Aussage „Kranke haben keinen Markt“, dass der ständige Versuch, das Gesundheitswesen den europaweiten Wettbewerbsregeln zu unterwerfen, sozialpolitisch schärfstens zurückzuweisen ist und *vida* mit Recht dagegen auftritt.

Auf die Gesundheit achten. Natürlich kann jeder und jede durch ein gesundheitsbewusstes Leben etwas für sich selbst und zugleich für unser Gesundheitssystem beitragen. Das darf allerdings nicht als Vorwand dienen, um das Gemeinwesen – die Politik in Bund, Land und Gemeinden – aus der Verantwortung zu entlassen. Es geht nicht nur um die Finanzierung von Gesundheitseinrichtungen, sondern auch um die Schaffung bzw den Erhalt von Umwelt- und Lebensbedingungen, welche gesundheitsfördernd und nicht krankmachend sind.

Weiterdenken. Die Kosten für das Gesundheitssystem sind von der Gesellschaft solidarisch zu tragen. Ein Großteil davon wird über die Sozialversicherung finanziert. Einen weiteren Teil bringen die Versicherten bereits jetzt durch Selbstbehalte auf. Für die dringend nötige finanzielle Absicherung und die Weiterentwicklung unseres Gesundheits-, aber auch unseres Sozialsystems sind neue Finanzierungsquellen nötig. Die Besteuerung großer Vermögen scheint mir dazu ein sinnvoller Ansatz. Sie würde für mehr Steuergerechtigkeit sorgen und könnte gleichzeitig beträchtliche Mittel für das Gesundheits- und Sozialsystem lukrieren. Gelingt keine Einigung auf neue Finanzierungsquellen, droht meines Erachtens mittelfristig die Kürzung von Leistungen. Diese Kürzungen wären aber zusammen mit der Gefahr von Versorgungsengpässen eine Schande für eines der reichsten Länder dieser Erde.

willibald.steinkellner@vida.at
Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

Beim Bau von Krankenhäusern setzt Großbritannien auf private Investoren, auch immer mehr Gesundheitsdienstleistungen werden ausgelagert. Eine staatliche Erhebung von Daten über die Effizienz und Qualität der privaten Gesundheitsdienstleister gibt es nicht.

Beginnen hat der Umbau des britischen Gesundheitsdienstes, dem National Health Service (NHS), mit dem Regierungsantritt von Margaret Thatcher 1979. Die konservative Regierung habe nicht nur eine Vielzahl von Spitälern geschlossen, sondern unter dem Argument der „Effizienz“ im Gesundheitssystem private Managementmethoden eingeführt, berichtete die britische Gesundheitsexpertin Allyson Pollock bei einer Konferenz in Wien. Ab Beginn der 90er Jahre sei es dann zu einer Trennung zwischen der Erbringung und der Finanzierung von Gesundheitsversorgung

gekommen. Private Finanzinvestoren, oft bestehend aus einem Konsortium aus Banken, Bauunternehmen und weiteren Investoren, die so genannten Private Finance Initiatives (PFI)-übernahmen den Bau und die Ausrüstung von Krankenhäusern und in manchen Fällen auch den technischen Betrieb. Die Spitäler werden dann von den öffentlichen Krankenhausbetreibern in 30-jährigen Verträgen zurückgeleast. Auch Dienstleistungen wurden ausgelagert: erst die Küche, die Reinigung oder die Wäschereien. Später folgten auch die Auslagerung der Radiologie, der Buchhaltung und teils der Krankenhausplanung.

Auch Labour für „mehr privat“. 1997 kam die Labour Party von Tony Blair an die Macht – und führte die Privatisierung im britischen Gesundheitsdienst weiter fort. Blair hätte es sich zwar zum Ziel gesetzt, die Gesundheitsversorgung zu verbessern; freilich nicht, indem er dem öffentlichen Gesundheitssystem mehr finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellte, sondern indem er mehr Geld in die privaten Gesundheitsdienstleister pumpte. Um die Wartezeiten der PatientInnen bei nicht-notfallbedingten Operationen zu verringern, setzte die Regierung auf die Errichtung spezifischer Zentren, die diese standardisierten Eingriffe durchführen. Private Betreiber solcher Zentren erhielten von der Regierung mehrjährige Verträge mit einer Mindestzahl von abgeleiteten Operationen. Gleichzeitig setzte die Regierung Blair auf die Dezentralisierung der

Finanzierung und eine stärkere „Autonomie“ der öffentlichen Krankenhäuser beim Lukrieren von finanziellen Mitteln. Als so genannte Foundation Trusts organisiert, sind die Krankenhäuser nicht länger dem Gesundheitsministerium rechenschaftspflichtig. Sie können kommerzielle Tochterunternehmen gründen oder sich an kommerziellen Projekten beteiligen, Land und Eigentum verkaufen und Kredite aufnehmen. Gleichzeitig müssen sie sich am „lokalen Markt“ bei den Bezirksgesundheitsbehörden um Verträge für ihre Gesundheitsdienstleistungen bemühen, ebenso bei den niedergelassenen ÄrztInnen, die für ihre PatientInnen Behandlungen von den Spitälern zukaufen können.

Leere Versprechen. Mehr Leistung fürs selbe Geld, bessere Qualität und die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten – das seien die Versprechen gewesen, mit der die Zulassung privater Investoren und Gesundheitsdienstleister begründet worden seien. „Die Zahlen zeigen allerdings, dass die Finanzierung der Krankenhäuser durch private Investoren wesentlich teurer kommt, denn die Privaten sind bestrebt, ordentliche Profite zu erzielen“, so Pollock. Die restlichen Versprechen sind überhaupt nicht überprüfbar: Denn selbst die Erhebung von Statistiken, PatientInnenzahlen und Beschäftigtendaten wurde von der Politik ausgelagert. Als Pollock nach diesen Daten fragte, bekam sie die Antwort: „Über diese Zahlen verfügen wir nicht.“

martina.fassler@vida.at

KV Barometer

✓ KV-Abschluss Rotes Kreuz Wien

Die Löhne, Gehälter und Zulagen der Beschäftigten des Roten Kreuzes Wien steigen rückwirkend mit 1. Jänner 2009 um 3,55 Prozent. Den Gewerkschaften *vida* und GPA-djp ist es gelungen, den KV-Abschluss über den 1. Mai 2009 hinaus zu vereinbaren. Die Forderung der Arbeitgeberseite, nur bis 30. April 2009 abzuschließen und danach auf Basis des Kollektivvertrags 2008 zu entlohnen, konnte erfolgreich abgewendet werden.

🔄 KV für Sonderkrankenanstalten für Rehabilitation und für Kuranstalten

vida und die WKÖ verhandeln über einen eigenen Kollektivvertrag für Sonderkrankenanstalten für Rehabilitation und für Kuranstalten. Die erste Verhandlungsrunde fand am 5. Mai statt.

Die Lohnabrechnung kontrollieren. Tipp



Foto: vida

Alfred Klair
Bundessektionssekretär der *vida*-Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

Nach dem Inkrafttreten der Steuerreform erhalten ArbeitnehmerInnen die für die Monate Jänner bis April 2009 zuviel bezahlte Lohnsteuer zurück. In den meisten Fällen erfolgte die Gutschrift mit der Abrechnung Ende April. In Ausnahmefällen kann es auch zu einer späteren Aufrollung kommen. Diese muss aber bis 30. Juni 2009 durchgeführt sein. Sollte die Arbeitgeberin bzw. der Arbeitgeber keine Aufrollung vornehmen können (Wechsel der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers), dann wird Ihr Finanzamt im Zuge der Arbeitneh-

merInnenveranlagung Ihre Lohnsteuer neu berechnen – frühestens im Jahr 2010. Eine vorzeitige Rückzahlung ist ohne Aufrollung durch die Arbeitgeberin bzw. den Arbeitgeber nicht möglich. Daher bereits jetzt vormerken: Nächstes Jahr unbedingt die ArbeitnehmerInnenveranlagung durchführen. Da die Steuerreform erhöhte bzw. neu Absetz- und Freibeträge bringt, erkundigen Sie sich ob und in welcher Form Sie davon profitieren können. Nur wer informiert ist, kann Steuer sparen.

Endlich im richtigen Kollektivvertrag

Nach langem Kampf werden die Beschäftigten der Kräutergarten-Gruppe nach dem BAGS-Kollektivvertrag entlohnt.

„Der BAGS-KV bringt den Beschäftigten mehr Geld und eine kürzere Arbeitszeit.“

vida-Landesgeschäftsführer Leo Stöhr

Der Rechtsstreit zog sich über mehr als zwei Jahre, nun haben die Beschäftigten der Kräutergarten Gruppe, einem der größten privaten Pflegeheimbetreiber Österreichs, ihr Ziel erreicht. Die Geschäftsführer Harald Fischl und Gerhard Moser einigten sich mit AK und Gewerkschaft vida in einem Vergleich darauf, alle Beschäftigten nach dem BAGS-Kollektivvertrag zu entlohnen. „Das gilt rückwirkend ab 1. Jänner 2009.

Für das Jahr 2008 werden den 250 Beschäftigten die entgangenen Ansprüche nachbezahlt. Insgesamt macht die Summe 160.000 Euro aus“, berichtet der Landesgeschäftsführer der vida Steiermark, Leo Stöhr.

Zur Vorgeschichte. Die Kräutergarten Gruppe betreibt insgesamt sieben Seniorenhäuser in der Steiermark und eines am Ortsrand Wiens. Doch nur in zwei der Seniorenhäuser bezahlte die Geschäftsführung

die Beschäftigten nach dem BAGS-Kollektivvertrag – das ist der Kollektivvertrag für die Beschäftigten in privaten Sozial- und Gesundheitseinrichtungen. In den übrigen Häusern wurde der Kollektivvertrag für die Privatkrankenanstalten angewandt. Und das, obwohl vida bereits im Mai 2007 ein Feststellungsurteil des Obersten Gerichtshofes (OGH) erwirkt hatte. „Das Urteil besagt, dass der Privatkrankenanstalten-Kollektivvertrag nur dann anzuwenden ist, wenn der Schwerpunkt der Tätigkeit auf ärztlicher Betreuung liegt. Bei den Seniorenhäusern ist das eindeutig nicht der Fall“, erklärt Stöhr. Die Unterschiede: „Beim Privatkrankenanstalten-KV gilt die 40-Stunden-Woche für Vollzeit, der BAGS-KV sieht eine 38-Stunden-Woche vor. Zusätzlich ist die Entlohnung beim BAGS-Kollektivvertrag höher“, erklärt Arbeitsrechtsexperte Werner Anzenberger von der AK Steiermark. Laut dem Urteil des Obersten Gerichtshofes muss die Entlohnung in den privaten Alten- und Pflegeheimen bis 2014 schrittweise auf das Niveau des BAGS-Kollektivvertrages angehoben werden. „Das bedeutet, dass die Beschäftigten jetzt in mehreren Schritten von den Verbesserungen durch die Umstellung auf den BAGS-Kollektivvertrag profitieren“, freut sich Anzenberger.



Die Mehrzahl der steirischen privaten Alten- und Pflegeheime entlohnt die Beschäftigten mittlerweile nach dem richtigen Kollektivvertrag.

Foto: Isofoto/Fotolia

Rechte aktiv einfordern. Dem Vergleich ist ein beharrlicher Kampf der Beschäftigten vorausgegangen. Unter tatkräftiger Mitwirkung von Betriebsrätin Christine Walenta, die im Kräutergarten-Seniorenheim Verberna arbeitet, entschlossen sich an die 200 Beschäftigte, ihren Arbeitgeber auf die Anwendung des BAGS-Kollektivvertrages zu klagen. Auch in einigen steirischen Alten- und Pflegeheimen, die nicht zur Kräutergarten Gruppe gehören, haben AK und Gewerkschaft vida mittlerweile

die Umstellung auf den richtigen Kollektivvertrag erreicht. „Wir schätzen, dass sich nun vier von fünf privaten Alten- und Pflegeheimen in der Steiermark an den BAGS-Kollektivvertrag halten. Beschäftigte, die in Heimen arbeiten, wo dies nach wie vor nicht der Fall ist, fordern wir auf, sich bei uns zu melden. Wir werden auch ihnen helfen, zu ihrem Recht zu kommen“, kündigt Gewerkschafter Leo Stöhr an.

martina.fassler@vida.at

Werden Sie nach dem richtigen KV entlohnt?

Das Feststellungsurteil des OGH, wonach die Beschäftigten in privaten Alten- und Pflegeheimen nach dem BAGS-Kollektivvertrag zu entlohnen sind, gilt österreichweit. Ihre Anlaufstelle für Fragen zum BAGS-KV:

vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger
michaela.guglberger@vida.at, Tel: 01/54641-420

Ihre Anlaufstelle in der Steiermark:
vida-Landesgeschäftsführer Leo Stöhr
leopold.stoehr@vida.at, Tel: 0316/7071-289

Lehrlingsausbildung

Viel geleistet. Viel gewonnen.

Vida und die Arbeiterkammer Wien haben auch heuer wieder Berufswettbewerbe für Lehrlinge im Friseur- sowie im Kosmetik- und Fußpflegegewerbe abgehalten. In Theorie und Praxis testeten die Jugendlichen ihr Können. Die Besten erhielten im Rahmen der feierlichen Siegerehrung in einem Wiener Hotel Preise verliehen. Weit wichtiger ist aber für alle Lehrlinge das Können, das sie im Rahmen ihrer Ausbildung erworben und beim Wettbewerb vorzeigt haben.

Die Stockerlplätze

FriseurInnen

Erstes Lehrjahr

Hier wurden aufgrund des großen Andrangs zwei Wettbewerbe abgehalten:

1. Platz: Dominik Dörfler und Thomas Maresch
2. Platz: Lisa Hossek und Stefanie Winkler
3. Platz: Sandra Pavlovic und Bettina Narnhofer

Zweites Lehrjahr

1. Platz: Tanja Kremener

2. Platz: Natascha Heilmeier
3. Platz: Vanessa Wallner

Drittes Lehrjahr

1. Platz: Katrin Gösselbauer
2. Platz: Iris Schärf
3. Platz: Bettina Groiss

KosmetikerInnen und FußpflegerInnen

Erstes Lehrjahr

1. Platz: Paula Krebs
2. Platz: Kathi Steigenwald
3. Platz: Elzbieta Nowak



Foto: vida

Vanessa Wallner beherrscht ihr Handwerk. Sie erreichte Platz 3 bei den Lehrlingen im zweiten Lehrjahr.

Kosmetik zweites Lehrjahr

1. Platz: Verena Haunschmid
2. Platz: Julia Pinczker
3. Platz: Sanine Ganböcz

Fußpflege zweites Lehrjahr

1. Platz: Melanie Korydek
2. Platz: Juliana Gerstbauer
3. Platz: Rusalina Bona



Foto: Lisi Gradnitzer

Kommentar

Nulllohn- runde? Nicht mit uns!

Der von der Industriellenvereinigung vor kurzem aufs Tableau gebracht Vorschlag, eine Nulllohnrunde durchzuführen, entbehrt nicht einer gehörigen Portion Ignoranz und Frechheit. Die Menschen leisten bereits ihren Beitrag, müssen durch Kurzarbeit Lohneinbußen hinnehmen oder wurden im schlimmsten Fall sogar arbeitslos. Und dass die ArbeitnehmerInnen mit Sicherheit nicht schuld an der Wirtschaftskrise sind, steht fest.

Kaufkraft. Die Forderung der Arbeitgeberseite, auf einen Teil des Lohns zu verzichten oder eine Nulllohnrunde durchzuführen, lehnen wir daher strikt ab. Das würde die Krise nicht mildern, sondern viel eher verschärfen. Was wir brauchen, sind ordentliche Lohnabschlüsse, um die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen zu stärken und nicht zuletzt den Dienstleistungssektor kräftig anzukurbeln.

Beispiel. Warum die Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen derart verbissen um jeden Prozentpunkt kämpfen und sich so vehement gegen

eine Nulllohnrunde aussprechen, ist mit einem Beispiel aus unserer Bundesfachgruppe einfach erklärt: Das durchschnittliche Monatseinkommen eines Jungkochs bzw. einer Jungköchin beträgt 1.243 Euro brutto. Nehmen wir nun den einmaligen Verzicht auf eine 2-prozentige Lohnerhöhung an, ergibt sich daraus ein Minus im ersten Jahr von 348 Euro, im zweiten Jahr sind es schon 703 Euro und nach zehn Jahren müsste der oder die ArbeitnehmerIn bereits auf 3.811 Euro verzichten.

Summe. Die langfristigen Auswirkungen auf das Einkommen durch Aussetzen einer einzigen Lohnrunde sind also immens. Was in einem Monat vielleicht nicht als sehr viel erscheint, summiert sich im Laufe der Jahre und wird in nur einem Jahrzehnt zu einem beträchtlichen Betrag.

renate.lehner@vida.at
Bundessektionssekretärin
der Sektion Private
Dienstleistungen

Neuer Betriebsrat beim ÖWD Linz gewählt



Mehr als 370 MitarbeiterInnen des ÖWD Linz waren dazu aufgerufen, bei den Betriebsratswahlen ihre Arbeitnehmervertretung zu wählen. Johann Schwabegger wurde in seiner Funktion als Betriebsratsvorsitzender eindrucksvoll bestätigt. Weiters wurden Michael Molnhuber (Stv.), Wolfgang Steinbichler (Stv. und Schriftführer), Max Zeman (Kassier), Rudolf Kreuter (Kassier-Stv.), Josef Wallner (Schriftführer-Stv.) und Josef Stumpner gewählt. Das Team erhielt eine Zustimmung von mehr als 98 Prozent, rund 60 Prozent der Beschäftigten hatten sich an der Wahl beteiligt.

Auftrag und Ansporn. „In den letzten Jahren konnten wir vieles für die Beschäftigten des ÖWD Linz durchsetzen. Die Zufriedenheit der KollegInnen mit unserer Arbeit zeigt sich in dem tollen Ergebnis. Dieses Vertrauen ist uns Auftrag und Ansporn für die nächsten Jahre“, so Schwabegger. Im Zuge der erfolgreichen letzten Funktionsperiode des wieder gewählten Betriebsrats wurden unter anderem Betriebsvereinbarungen zu 10-Stunden-Revierdiensten, Schnupperdiensten, Pausenaufzeichnungen und Rufbereitschaft abgeschlossen und diverse Aktionen durchgeführt.

KV Barometer

KV für ArbeiterInnen in privaten Bildungseinrichtungen (BABE). Nach drei schwierigen Verhandlungsrunden konnte zwischen der Arbeitgebervereinigung BABE und den Gewerkschaften vida und GPA-djp ein Abschluss erzielt werden. Die Kollektivvertragsgehälter und die Lehrlingsentschädigungen werden um 3,4 Prozent erhöht. Auch die Entlohnung der Transitarbeitskräfte (TAK) steigt um 3,4 Prozent. Der BABE-KV gilt ab 1. Mai 2009, die Laufzeit beträgt 12 Monate.

Ringens um KV-Abschluss geht weiter

„Die Beschäftigten sind keine Almosenempfänger. Dieses Gefühl wird ihnen jedoch vermittelt.“

Rudolf Kaske, vida-Vorsitzender

Die unbewegliche Haltung der Arbeitgeberseite verhinderte den traditionellen KV-Abschluss- termin 1. Mai.

Das Ringens um einen fairen Kollektivvertragsabschluss für Beschäftigte im Hotel- und Gastgewerbe geht in die nächste Runde. Die Verhandlungen sind nach einem inakzeptablen Angebot der Arbeitgeberseite ins Stocken geraten. Bis um 3 Uhr früh hat der letzte Verhandlungstermin zwischen vida und den ArbeitgebervertreterInnen gedauert – leider ohne Ergebnis.

Starre Haltung. „Die Unbeweglichkeit der Arbeitgeberseite war nicht zu brechen“, berichtet Robert Maggale, vida-Bundesfachgruppensekretär für den Bereich Tourismus und im Verhandlungsteam der ArbeitnehmervertreterInnen. Nach drei Verhandlungsrunden ist man noch weit von einem akzeptablen Ergebnis entfernt.

Abgeltung. „Die Produktivität der einzelnen ArbeitnehmerInnen ist etwa durch Rationalisierungen stark gestiegen, daher muss auch dieser Faktor bei den KV-Verhandlungen berücksichtigt und bei den Löhnen abgegolten werden. Beschäftigte im Tourismus verdienen nach wie vor um ein Drittel weniger als der Branchenschnitt“, erklärt Maggale.

Anteil am Erfolg. „Die wirtschaftlichen Erfolge der Unternehmen der letzten Jahre sind gemeinsam mit qualifizierten und engagierten ArbeitnehmerInnen erwirtschaftet worden. Dafür sollen die Beschäftigten auch ihren Anteil erhalten“, so Maggale. Auch die Inflation des vergangenen Jahres sowie den außerordentlich guten Winter und die Ostersaison gelte es – unabhängig von der derzeitigen wirtschaftlichen Situation – abzugelten.

Demo. Im Vorfeld der nächsten Verhandlungsrunde, am 13. Mai beteiligt sich vida an der gewerkschaftsübergreifenden Demonstration für faire Lohnrunden. Gemeinsam mit der GPA-djp, der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung, der Gewerkschaft der Chemiearbeiter

und der Gewerkschaft Bau-Holz soll ein Signal gesetzt und der Forderung nach stärkeren Lohnerhöhungen Nachdruck verliehen werden.

Keine Almosen. „Einkommens- und Arbeitsplatzsicherheit für die Beschäftigten ist das Gebot der Stunde, um den Weg aus der Krise zu meistern. Die Beschäftigten sind keine Almosenempfänger. Dieses Gefühl wird ihnen jedoch vermittelt“, kritisiert vida-Vorsitzender Rudolf Kaske.

Vernunft zeigen. Lohn- und Sozialdumping können nicht die Antwort sein, das würde den Abwärtstrend in der Wirtschaftskrise nur weiter beschleunigen. „Es liegt an den Arbeitgebern, zur Vernunft zu kommen. Wenn die Menschen kein Geld haben, können sie auch die Wirtschaft nicht ankurbeln“, so Kaske – mit dem Nachsatz: „Und das gilt auch für die Tourismuswirtschaft.“

Neuer Termin. Die Kollektivvertragsverhandlungen Hotel- und Gastgewerbe gehen weiter, am 22. Mai werden die Verhandlungsteams wieder aufeinander treffen.

ines.schmied@vida.at

Verrechnung der Lichtpauschale. Profitipp.



Foto: vida

Ursula Woditschka
vida-Bundesfachgruppen-
sekretärin Reinigung und
Wartung

Laut Gesetz steht HausbesorgerInnen eine finanzielle Rückvergütung für 16 kW Haushaltsstrom pro Monat vom Arbeitgeber zu. Viele Betriebe haben diese Lichtpauschale seit Jahren nicht angeglichen. Um die Verrechnung der Lichtpauschale zu erleichtern, hat die Gewerkschaft vida ein Berechnungsmodell entwickelt, das den Werten der E-Control zugrunde liegt. Herangezogen für das jeweilige Jahr wird ein Jahresschnitt des Vorjahres (Ausnahme: 2009 wird der Februarwert als Basis für das gesamte Jahr herangezogen).

Wichtig: Die angegebenen Beträge stellen nur einen Richtwert dar. Prinzipiell ist jede

Wohnhausanlage eigenständig zu bewerten.

Die empfohlenen Werte für 2009 sind je kW Strom:

Burgenland	€ 3,05
Kärnten	€ 3,02
Niederösterreich	€ 3,13
Oberösterreich	€ 3,00
Salzburg	€ 2,85
Steiermark	€ 3,12
Tirol	€ 2,57
Vorarlberg	€ 2,72
Wien	€ 3,16

Rückfragen an die Bundesfachgruppe Reinigung und Wartung: reinigung@vida.at oder 01/54 641-634 (Martina Binder).

Tourismus

„Der Branche alle Ehre gemacht“

AK Berufswettbewerb als Bühne für den Gastronomie-Nachwuchs.

Die Berufsschule für das Gastgewerbe in Wien 12 war auch heuer wieder Schauplatz des von AK und vida Jugend veranstalteten Berufswettbewerbes. Dichtes Gewusel auf den Gängen: Nervöse SchülerInnen, die darauf warteten ihr Können zu zeigen, FreundInnen und Eltern, die Daumen drückten für die TeilnehmerInnen, und Zaungäste der Veranstaltung, die die dargebotenen Leckereien der talentierten JunggastronomInnen durchkosteten.

Hohes Niveau. „Die Lehrlinge können sehr stolz sein auf das heute Gezeigte. Das Niveau war sehr hoch, die jungen Leute haben der Branche alle Ehre gemacht“, resümierte Organisator und vida-Jugendsekretär Henri Schreiber am Ende eines langen Wettkampftages.

ines.schmied@vida.at



Unter den prüfenden Blicken der Jury zeigten die jungen GastronomInnen ihr Können.

Gewinner 2009

Hotel- und Gastgewerbe-assistentInnen

1. Lehrjahr

1. Judith Liebl
2. Alexander Neubauer
3. Yoxary Ortiz Cruz

2. Lehrjahr

1. Marina Sladek
2. Chiara-Olivia Rinalda
3. Nina Radlinger

3. Lehrjahr

1. Annabelle Borchart
2. Stephanie Labhaas
3. Beatrice Menner

Koch/Köchin

1. Lehrjahr

1. Michael Fritz
2. Stefan Fischer
3. Wolfgang Brandl

2. Lehrjahr

1. Alexander Vogl
2. Christian Haralter
3. Dominik Fehrer

3. Lehrjahr

1. Gerlad Pelz
1. David Gemeinböck
2. Fabian Trotz

Restaurantfachleute

1. Lehrjahr

1. Patrick Berger
1. Tatiana Motorga
2. Raphael Herzog
2. Danijel Jankovic

2. Lehrjahr

1. Dario Tomasini
2. Nicole Wesolowski
3. Genci Mislimi

3. Lehrjahr

1. Julia Heilig
2. Elisabeth Rudolf
3. Peter Weiss

SystemgastronomInnen

1. Lehrjahr

1. Patricia Ballwein
2. Christian Radosavljevic
2. Rohullah Nazari

2. Lehrjahr

1. Lukas Hrdinka
2. Sitip Kantabandit
3. Emriye Yildiz

3. Lehrjahr

1. Melanie Durstberger
2. Jacqueline Sax
3. Mohamad Al-Amin bin Abdullah



ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

Träum Dir was ...

Gewinnen Sie jetzt einen Traum-Gutschein im Wert von **€ 4.000,-** und andere wertvolle Preise!*

*) Verwirklichen Sie jetzt mit der ÖBV Ihre Träume: Ihr Traumhaus, Ihr Traumauto, Ihre Traumreise ... und gewinnen Sie mit ein bisschen Glück einen Traum-Gutschein im Wert von € 4.000,- und andere wertvolle Preise!

Wir sagen Ihnen wie's geht – fragen Sie uns!

Aktion gültig bis 22. November 2009.

